



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Das deutsche Reich

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

Das Deutsche Reich.

Der norddeutsche Bund.

Sofort nach dem Kriege nahm Bismarck die Friedensarbeit auf: das „kleinere“ Deutschland einzurichten und damit wenigstens den ersten Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit zu tun.

Der norddeutsche Bund entstand, gebildet aus dem durch die Siegesbeute vergrößerten Preußen, allen nord- und mitteldeutschen Staaten und dem oberhessischen Teile des Großherzogtums Hessen; es waren 21 Staaten von verschiedenster Größe und Bedeutung, zusammengefaßt zu einem Bundesstaat.

Damit ist gesagt, daß das neue Gebilde — ähnlich der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika — ein festgefügt, selbständiges Staatswesen sein sollte, ausgestattet mit eigenen Geldquellen aus Steuern und Zöllen und mit eigenen Machtmitteln, dem Heere und der Flotte des norddeutschen Bundes, sowie mit dem ausgedehnten Rechte der Gesetzgebung für weite Gebiete des staatlichen Lebens (z. B. Strafrecht, bürgerliches Recht, Zölle, Heerespflicht, Post- und Telegraphenwesen usw.).

Daneben blieben die Einzelstaaten in ihrer bisherigen Staatsform bestehen, sie wurden „Bundesstaaten“; von ihren Hoheitsrechten übernahm der Bund nur die Kriegshoheit, d. h. das Recht über Krieg und Frieden, die auswärtige Politik und alle jene Gebiete, die ihm ausdrücklich durch die Verfassung übertragen waren; einige davon haben wir oben erwähnt.

Das hieß, daß der norddeutsche Bund dem Auslande gegenüber als selbständiges Ganzes auftreten konnte; es gab z. B. keine auswärtige Politik des Königreichs Sachsen, keine königlich-preussische Flotte, kein mecklenburgisches Heer mehr: es gab nur noch eine auswärtige Politik, eine Flotte, ein Heer des Bundes, in dem der größte Staat, das siegreiche Preußen, die Führung übernahm.

Durch die Verfassung wurde bestimmt, daß der jeweilige König von Preußen Oberhaupt des Bundes sein sollte, daß er den Oberbefehl über

Heer und Flotte habe, daß er den Bundeskanzler und die Beamten des Bundes ernenne und den Bund dem Auslande gegenüber vertrete. Die einzelnen Bundesstaaten entsandten ihre Vertreter in den Bundesrat, woselbst sie Stimmrecht nach Maßgabe ihrer Vertretung im früheren deutschen Bunde hatten; Preußen z. B. hatte 17 Stimmen, die übrigen zusammen 26 Stimmen, doch war festgesetzt, daß in gewissen wichtigen Fragen die führende Macht nicht überstimmt werden konnte.

Als Volksvertretung stand neben dem Bundesrate der norddeutsche Reichstag, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht; die geheime Wahl hatte Bismarck nicht zugestehen wollen, doch war sie wider seinen Willen von dem sog. „konstituierenden Reichstag“ durchgesetzt worden.

Für das Zustandekommen eines jeden Gesetzes war die Genehmigung des Reichstags, die Zustimmung des Bundesrats und die Verkündung durch das Oberhaupt des Bundes erforderlich.

Dies Gebilde scheint schwerfällig und künstlich — aber es hat sich bewährt, und der Bundesstaat hat sich, wie in der Schweiz und in Nordamerika zu einem lebendigen, machtvollen, leistungsfähigen Staatswesen ausgewachsen. Mit meisterhafter Sicherheit hatte Bismarck verstanden, ihm an Rechten zu verleihen, was er unbedingt brauchte, und doch den Einzelstaaten das Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu lassen, das die Verschiedenheit der Stämme und der geschichtlichen Entwicklung wünschenswert erscheinen ließ, um sie zu willigen treuen Gliedern des neuen Staatswesens zu machen.

Am 24. Februar 1867 trat der erste Reichstag zusammen; in ihm hatte die aus dem deutschen Nationalverein hervorgegangene nationalliberale Partei die Mehrheit; bezeichnend war, daß ihre Führer von Bennigsen und Miquel dem eben einverleibten Hannover entstammten und daß sie sich mit begeistertem Eifer dem neuen größeren Vaterlande zur Verfügung stellten.

Feierlich und stolz eröffnete König Wilhelm die erste Tagung im Schlosse zu Berlin; schaffensfreudig ging die Volksvertretung an die Arbeit, und am 16. April nahm sie mit überwältigender Mehrheit die neue Verfassung an, die sofort vom Bundesrate gebilligt, schon am folgenden Tage von dem Bundesoberhaupte verkündigt wurde.

Zum ersten Bundeskanzler wurde Bismarck ernannt, den der Dank seines Königs zum Grafen erhoben hatte. Rasch förderten Bundesrat und Reichstag die Ausgestaltung der Einrichtungen des neuen Staatswesens; alle zu ihm gehörigen Staaten führten die allgemeine Wehrpflicht ein, die preussische Flotte ging an den Bund über und sollte sofort verstärkt werden; als Wahrzeichen für die Kriegs- und Handelsflotte wurde die schwarz-weiß-rote Flagge bestimmt, die, zusammengesetzt aus dem

preußischen schwarz-weiß und dem rot-weiß der Hansestädte, zum ersten Male am 1. Oktober 1867 gehißt wurde.

Zu Neujahr 1868 trat die einheitliche Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens ins Leben, die einen großen Fortschritt bedeutete.

Emsig wurde auf den dem Bunde überwiesenen Rechtsgebieten gearbeitet — kurz: der junge Bundesstaat bewies, geleitet von der Weisheit König Wilhelms und der Tatkraft Bismarcks, daß er leben wolle und könne. An dreißig Millionen Deutsche, auf rund 7500 Geviertmeilen wohnend, waren in ihm vereinigt und stellten zum ersten Male seit dem Verfall der alten Kaisergewalt eine stattliche, zur Kraftentfaltung nach innen und außen berufene Macht dar; so glücklich war die Form dieses Bundes gewählt, daß die bisher ferngebliebenen süddeutschen Staaten: Bayern, Württemberg, Baden und das südliche Hessen jeden Tag ohne weiteres eintreten konnten. Vorläufig waren sie mit dem norddeutschen Bunde durch ein Schutz- und Trutzbündnis dem Ausland gegenüber zusammengeschlossen und lebten wirtschaftlich mit ihm verbunden im Zollverein: die Bande, durch die sie dem Bunde angegliedert waren, schienen so stark und fest, daß die auf näheren Anschluß drängenden Vaterlandsfreunde im Süden hoffen durften, diesen weiteren Schritt zur deutschen Einheit zu erleben.

Bismarck hielt es für richtig, nach dieser Richtung keinen Druck auf die süddeutschen Staaten auszuüben: sie sollten aus freien Stücken, nicht gezwungen, dem Bunde beitreten.

Die Entwicklung der Dinge in Österreich, das nun, wie die dortigen Deutschen bitter sagten, „aus Deutschland hinausgeworfen war“, soll uns hier nicht beschäftigen; wir werden sie später bei der Darstellung der Schicksale des deutschen Volkes außerhalb des deutschen Reiches im Zusammenhang schildern. Jetzt wollen wir verfolgen, wie der norddeutsche Bund sich zum deutschen Reiche ausbaute.

Die deutsch-französische Spannung.

Die glänzende Kriegsführung Preußens hatte alle Welt überrascht; in Frankreich weckte sie Haß und Neid gegen den Sieger, und Napoleon III. erkannte wohl, daß seine ausschlaggebende Rolle angesichts der Erfolge der bismarckischen Politik zu Ende sei; er empfand die Niederlage Österreichs bei Königgrätz als eine eigene; umsomehr da sein Versuch, bei den Friedensverhandlungen für Frankreich einen Vorteil herauszuschlagen, wie er sagte „Kompensationen“, mißlungen war. Bismarck hatte auf den Abschluß des Friedens gedrängt, schon um Napoleon zu neuen Machenschaften keine Zeit zu lassen; das französische Verlangen nach Entschädigungen auf dem linken Rheinufer war entschieden zurückgewiesen worden.

Das alles war Napoleons Ansehen in Frankreich, das seit dem ver-

unglückten Zuge nach Mexiko (1861—67) stetig gesunken war, schädlich, und er trachtete, durch einen augenfälligen Erfolg seine geschwächte Stellung wieder zu befestigen.

So verfiel er auf den Gedanken, Luxemburg, das unmittelbar vor den Grenzen sowohl Frankreichs wie Preußens lag, für Frankreich zu erwerben. Dies kleine Land, das als Großherzogtum dem aufgelösten deutschen Bunde angehört hatte, war jetzt noch Mitglied des Zollvereins, und seine Hauptstadt war als frühere Bundes-Festung noch von preußischen Truppen besetzt; sein Herrscher war der König der Niederlande. Mit ihm knüpfte Napoleon Verhandlungen an; König Wilhelm III. ließ sich zu dem wenig ehrenvollen Abkommen bereit finden, gegen Zahlung von 4—5 Millionen Franken Luxemburg an Frankreich abzutreten. Bismarck, von diesem Handel durch den König der Niederlande selbst in Kenntnis gesetzt, trat ihm in schärfster Weise entgegen; ein diplomatischer Kampf, der die Gefahr des Krieges sehr nahe rückte, brach aus, und der Streitfall wurde durch Vermittlung Englands einer Beratung der Großmächte in London überwiesen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß Napoleon seinen Plan fallen lassen mußte, während Preußen sein Besatzungsrecht aufgab. Luxemburg wurde „neutral“ erklärt und die Festung geschleift (Mai 1867).

Kein Zweifel: der französische Kaiser hatte sich statt des erwünschten Landzuwachses eine empfindliche Niederlage geholt.

Im August 1867 traf er in Salzburg mit Kaiser Franz Josef zusammen; beide kamen überein, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund nicht zuzulassen.

Seitdem wurden von beiden Kaiserreichen, die in Preußen den gemeinsamen Gegner sahen, ernsthafte Kriegspläne entworfen und der Versuch gemacht, Italien, obwohl es Preußens Siegen sein Dasein verdankte, zum Bundesgenossen zu gewinnen: Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, besuchte Paris, und der französische General Lebrun kam nach Wien; beide hatten den Auftrag, den Feldzugsplan für einen gemeinsamen Krieg zu verabreden, der etwa für das Jahr 1871 in Aussicht genommen war. Lebrun berührte auf der Reise süddeutsche Höfe und weihte sie in die französisch-österreichischen Abmachungen ein.

In Paris rief das Parlament nach „Rache für Sadowa“. Napoleon mußte wünschen, seine Luxemburger Niederlage wettzumachen; seine Gemahlin Eugenie, unter dem Einfluß der Jesuiten stehend, haßte Preußen und die protestantischen Hohenzollern; die Volksstimmung war unbedingt für den Krieg; in Österreich stand der Kaiser mit seinen Ratgebern unter dem Eindruck der Ereignisse des Jahres 1866 und ersahnte den Augenblick der Wiedervergeltung.

Kein Zweifel, die Lage war gespannt und wurde immer gespannter

troß des Austausches von Höflichkeiten zwischen den Herrschern; jeder Augenblick konnte den offenen Kampf bringen. In Frankreich bereitete man sich ungescheut darauf vor; die Bewaffnung wurde verbessert, vor allem führte man ein ausgezeichnetes Gewehr, das Chassepot, ein; auch Österreich rüstete.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck bewahrte in dieser gewitterschwülen Zeit seine kaltblütige Ruhe; er sah, daß der Krieg unvermeidlich war und war entschlossen, den Zusammenstoß zwar nicht durch beabsichtigte Reizungen Frankreichs herbeizuführen oder zu beschleunigen, ihm aber auch nicht aus dem Wege zu gehen, wenn die Franzosen Preußen herausforderten. Inzwischen arbeiteten der Generalstab und das Kriegsministerium in aller Stille mit angestrengtestem Fleiße an der Vorbereitung zum Kampfe. Man erkannte, daß es auf Leben und Tod gehen werde: denn auf Bundesgenossen konnte der norddeutsche Bund nicht zählen, während Frankreich bestimmt auf Österreich rechnete. Italien war zweifelhaft, England blieb — trotz der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und London — Napoleon günstig gesinnt; hier war nichts zu hoffen. Es kam darauf an, wie Rußland sich verhalten werde: dort hatte Bismarck meisterhaft vorgearbeitet; im Besitze des persönlichen Vertrauens des Zaren Alexander II. hatte er im letzten polnischen Aufstand (1863) dem russischen Staate wichtige Dienste gegen die Auführer geleistet und durfte erwarten, daß Rußland bei einem Kriege Preußens gegen Österreich und Frankreich nichts Feindliches unternehmen, sondern daß Zar Alexander Preußen-Deutschland freie Hand lassen werde.

Der deutsch-französische Krieg.

Mißtrauisch beobachteten sich die Gegner; die Welt war gespannt, wie diese auf die Dauer unerträgliche Lage sich klären werde.

Da kam ein Ereignis, das die Entscheidung brachte. In Spanien war im September 1868 die sittenlose Königin Isabella durch einen Aufstand vertrieben worden; nun suchte das Land ein Oberhaupt, und die Volksvertretung wählte im Frühjahr 1870 den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen zum König. Dieser gehörte dem süddeutschen, katholischen Zweige des Hauses Hohenzollern an, das seine Lande im Jahre 1849 dem preußischen Hause freiwillig unterstellt hatte.

König Wilhelm erteilte als Oberhaupt des Gesamthauses Hohenzollern dem Erwählten des spanischen Volkes die Genehmigung, so daß dieser sich zur Annahme der Würde bereit erklärte. Dagegen erhob sich in Frankreich ein Sturm der Erregung; man erblickte in der Wahl Leopolds eine Machenschaft Bismarcks und erklärte es für unerträglich, daß im Osten und im Süden Frankreichs Glieder desselben Hauses Hohenzollern herrschten, weil darin eine ständige Bedrohung liege. Die Regierung ließ sich von

der allgemeinen Erregung tragen und erging sich in scharfen Äußerungen: es war klar, Napoleon wollte diesen Anlaß zum Kriege benutzen und fand dabei die tobende Zustimmung der Kammer und des Volkes. Die diplomatischen Maßnahmen gegen Preußen zeigten eine unerhörte Schroffheit: am 9. Juli verlangte der französische Botschafter Benedetti von König Wilhelm, der sich in Ems zur Kur aufhielt, daß er dem Prinzen Leopold verbiete, die spanische Krone anzunehmen. Dies Ansinnen wurde gebührend zurückgewiesen, aber der Prinz verzichtete freiwillig, weil er nicht die Ursache eines Krieges sein wollte. Trotzdem beruhigte die französische Regierung sich nicht, sondern tat einen Schritt, der bewies, daß sie unbedingt den Bruch wollte: Benedetti stellte am 13. Juli den König „auf offener Promenade“ und forderte die Erklärung, daß er auch in Zukunft die Thronbewerbung des Prinzen von Hohenzollern nicht zulassen werde; mit würdigem Ernste lehnte der König diese Zumutung ab. Graf Bismarck, der angesichts der wachsenden Erregung von seinem Sommer- siße Varzin nach Berlin geeilt war, um sich nach Ems zu begeben, erhielt in Berlin über diese Begebenheit einen längeren Drahtbericht, den er in gefürzter Form veröffentlichen ließ. Es ist dies die berühmte „Emscher Depesche“; sie lautet: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe“.

In dieser Veröffentlichung erblickte die öffentliche Meinung Frankreichs eine schwere Kränkung; zügellos und besinnungslos trieb sie in den Krieg hinein. Zuchtlose Banden durchzogen die Straßen von Paris mit dem Rufe: „à Berlin — Nach Berlin!“ Die Kammern schlossen sich dem Taumel an; der Kaiser selbst war angesichts der folgenschweren Entscheidung wieder schwankend geworden — aber er konnte jetzt nicht mehr anders, am 19. Juli erklärte er den Krieg unter jubelnder Zustimmung der Kammern, unter maßlosen Beifallstundgebungen des Volkes.

Die Würfel waren gefallen!

Ein Rausch der Kriegslust ging durch das französische Volk; man war des Sieges so gewiß, daß man von dem „Spaziergang nach Berlin“ sprach, hatte doch der Kriegsminister das Heer für „erzbereit“ erklärt; daneben

sah man in Österreich den sichern, in Italien den wahrscheinlichen Bundesgenossen und hoffte auf die Unterstützung der süddeutschen Staaten.

Glammender Zorn brauste in allen deutschen Gauen auf; der Versuch, den greisen Sieger von Königgrätz zu demütigen, wurde als Angriff auf die deutsche Ehre empfunden. Deutschland war einig: im Süden wie im Norden, überall ergreifende Kundgebungen der Liebe und Verehrung für den edlen König, überall der Entschluß, die welsche Anmaßung zurückzuweisen. Im Triumph zog König Wilhelm nach Berlin, und der Reichstag des norddeutschen Bundes, den er in so ernster Stunde berufen, jubelte ihm zu: ein Hochgefühl, die deutschen Fürsten und das deutsche Volk so eines Sinnes zu sehen. Die süddeutschen Staaten machten Napoleons Hoffnung zuschanden: auf die Anregung des jugendlichen Bayernkönigs Ludwig II. erklärten sie den Kriegsfall für gegeben und stellten ihre Heere unter den Befehl des preussischen Königs.

Zeiten kamen, die an innerem Werte den Tagen der Reformation, den Tagen von 1813 glichen — ja insofern sie übertrafen, als zum ersten Male seit wie langer Zeit die Deutschen wirklich einig waren; überall erbrauste das deutsche Trutzlied, die Wacht am Rhein. Nach den ersten Stürmen der Begeisterung legte sich ein heiliger Ernst über das Volk; man wußte und erkannte, daß ein schwerer Kampf zu bestehen war, und vertraute, fern von der leichtfertigen Siegesgewißheit der Franzosen, dem guten Rechte und der deutschen Tapferkeit.

Wiederum bewährte sich die unverdrossene Friedensarbeit Roons und Moltkes in glänzender Weise: rasch waren die Truppenteile auf Kriegsfuß gesetzt und ausgerüstet, schnell und ohne Störung wurden sie zur Grenze vorgeschoben, wo die Bildung der drei Hauptheere erfolgte: bei Trier stand die erste Armee unter „dem Löwen von Stalitz“, dem greisen General von Steinmetz mit 60000 Mann, bei Mainz die zweite unter Prinz Friedrich Karl von Preußen mit 194000 Mann, in der bayrischen Pfalz zwischen Speier und Landau die dritte unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen mit 130000 Mann. Den Oberbefehl führte König Wilhelm selbst, dem als Generalstabschef Helmut von Moltke zur Seite stand.

Die französischen Heere waren naturgemäß an den Grenzfestungen zusammengezogen; bei Straßburg lag Marschall Mac-Mahon mit 100000 Mann, bei Metz Marschall Bazaine mit 150000 Mann.

In den ersten Augusttagen wurde der Kampf eröffnet: der glorreichste Feldzug hob an, den die Geschichte kennt. Hatte die Welt die Leistungen des preussischen Heeres in dem kurzen Feldzuge von 1866 bewundert — nun sah sie, wie die Heere der vereinigten deutschen Stämme in langem, schwerem Ringen von Sieg zu Sieg zogen.

Bezeichnend für den Geist des Heeres und der Führung sind die

Heeresbefehle, die König Wilhelm und die Armeebefehlshaber an ihre Truppen erließen; hier seien die schlichten, edeln Worte des Prinzen Friedrich Karl wiedergegeben:

„Soldaten der zweiten Armee! Ihr betretet den französischen Boden. Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt; er und seine Armee sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht gefragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle. Ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Einwohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserm Jahrhundert selbst im Kriege zwei Kulturvölker die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen, denkt stets daran, wie Eure Eltern in der Heimat es empfinden würden, wenn ein Feind — was Gott verhüte — unsere Provinzen überschwemmte.

Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gesittet und edelmütig dem Feinde gegenüber ist.

Friedrich Karl, Prinz von Preußen.“

Derselbe Prinz — und das ist bezeichnend — hatte vorher im Bivak seinen Soldaten, als sie ihn mit jubelndem Hurra begrüßten, durch ein Zeichen mit der Hand Schweigen geboten und sie gemahnt: „Ruht hurra, wenn wir gesiegt haben.“ —

Glänzend heben die Ruhmestaten an mit den Schlachten von Weißenburg und Wörth, wo unter Kronprinz Friedrich Wilhelm die Bayern sich zuerst mit den Preußen Schulter an Schulter ruhmvoll bewährten; glänzend die Leistungen in der schweren Schlacht bei Spichern. Machtvoll steigert sich der Krieg in den großen Kämpfen um Metz (Dionville-Mars la Tour, Gravelotte-St. Privat) und erlebt seinen Höhepunkt in dem Tage von Sedan (1. September).

Überall waren die Franzosen geschlagen worden; Metz und Straßburg waren umzingelt — da, am 2. September fiel die Zuchtrute der Vergeltung schwer auf Frankreich und seinen Kaiser: er mußte sich gefangen geben mit 39 Generalen, über 2300 Offizieren und, die im Verlaufe der Schlacht gefangen Genommenen eingerechnet, mit über 100 000 Mann.

„Welch eine Wendung durch Gottes Führung“, so drahtete König Wilhelm an seine Gemahlin — fern von Überhebung und Hochmut; aber Stunden edelsten Stolzes erlebte er mit seinen treuen Paladinen.

Und daheim im deutschen Vaterlande kannte der Jubel keine Grenzen: vom Tage von Weißenburg an war eine Siegesnachricht der andern gefolgt; dankbar und glücklich wurden alle Botschaften aufgenommen; eine nicht ermüdende Begeisterung hatte alle Schichten ergriffen. Stolz hoben die Deutschen wieder das Haupt: vom greisen König herunter bis zum letzten Mann tat jeder sein Bestes; glänzend die oberste Führung, endlos die Reihe ruhmbedeckter Generale — über alles Lob erhaben die Tapferkeit des Heeres.

Alle Stämme taten ihre Pflicht — mehr als das: sie gaben den Daheimgebliebenen Anlaß zu gerechtem Stolge. Es ist im Rahmen dieses Buches weder möglich, den Gang des Krieges im einzelnen zu schildern und die Ruhmestaten des deutschen Heeres alle aufzuzählen, noch die Verdienste der Führer nach Gebühr hervorzuheben: es sei festgestellt, daß kein deutscher Volksstamm hinter dem andern zurückstand und daß die Süddeutschen, wie die Einverleibten Preußens, mit den Preußen wetteiferten.

Von den Führern seien neben dem ausgezeichneten Prinzen Friedrich Karl, neben der glänzenden Erscheinung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, neben dem draufgängerischen alten Steinmetz Kronprinz Albert von Sachsen genannt, der sich trefflich bewährte; die Bayern hatten in dem greisen Hartmann und dem bedeutenden von der Tann ruhmvolle Generale; die Preußen stellten den genialen Goeben, die beiden tapferen Alvensleben, den heldenhaften Werder und den selbstbewußten, aber auch tüchtigen Manteuffel — alles Männer von Bedeutung, ja von Größe; von den Stabschefs verdient Blumenthal besonders genannt zu werden, der dem preußischen Kronprinzen beigegeben war und die Bewegungen seines Heeres ausgezeichnet leitete. Es war von schöner Vorbedeutung, daß Süddeutsche zuerst an den Feind kamen und ihren Schneid zeigten — das war der Württemberger Graf Zeppelin auf dem Erkundungsritte zu Niederbronn; dann hatten die Bayern die ersten Lorbeeren bei Weißenburg und Wörth gepflückt.

„Mußpreußen“ waren es, einverleibte Nassauer vom Regiment 88, die die erste „Mitrailleuse“ erbeuteten; die Rheinhessen vom Regiment 118 vollführten mit dem Sturme auf Schloß Chambord die tollkühnste Tat des ganzen Krieges; die Meßlener bewährten sich glänzend in den blutigen Kämpfen an der Loire; die Badener hielten drei Tage lang an der Esaine heldenmütig mehrfacher Übermacht stand. Über alles Lob erhaben war die Haltung der Garde und der Sachsen bei St. Privat, der Reiterei bei Mars la Tour. Das sind nur wenige Beispiele, die zeigen sollen, wie alle deutschen Stämme ihren Ruhm verdienten.

Erfreulich war es auch, daß die junge Flotte Gelegenheit hatte, sich zu bewähren und mehrere Gefechte in Ehren bestand — und schön wiederum, daß gleichfalls „Mußpreußen“ vom kurhessischen Husarenregiment 14 zuerst im bezwungenen Paris einritten. Aber wir haben mit dieser kurzen Übersicht vorgegriffen und kehren zurück zu den Tagen von Sedan.

An vieles Große waren die Zuhause-Geblienen gewöhnt worden: das aber klang doch wie eine Sage, daß Napoleon mit seinem Heere gefangen sei. „Nun dan'et alle Gott“, das war das beherrschende Gefühl des Volkes, das in die Kirchen strömte und dem Schlachtengotte fromm für solchen Segen dankte.

Und der Ruf nach dem deutschen Kaiser erschallte wieder, laut

und lauter; die deutschen Stämme wollten einig bleiben, und ihr Oberhaupt sollte der greise Held werden, der sie von Sieg zu Sieg geführt.

Aber noch war der Kampf nicht zu Ende.

In Paris brach nach Sedan eine Revolution aus; Napoleon wurde abgesetzt und die Republik ausgerufen. Die Männer, die nun die Gewalt an sich rissen, dachten nicht daran, die Sache Frankreichs verloren zu geben; sie riefen das Volk zu den Waffen, stampften förmlich Heere aus dem Boden und erfüllten die Massen mit leidenschaftlicher Wut gegen die Deutschen: so kam es, daß der Krieg sich noch ein halbes Jahr etwa hinzog. Schwere Schlachten waren noch zu bestehen, mühsame Belagerungen durchzumachen; der harte Winter und die feindlichen Waffen forderten noch unzählige Opfer. Aber die deutschen Heere blieben siegreich: Straßburg fiel; Metz mußte sich mit 6000 Offizieren und 187000 Mann ergeben; Paris öffnete endlich seine Tore (28. Januar 1871).

Seit Mitte September war die feindliche Hauptstadt eingeschlossen gewesen; in der Königstadt Versailles hatte König Wilhelm sein Hauptquartier aufgeschlagen, umgeben von seinen ruhmbedeckten Beratern.

Während draußen, im Norden, Osten und Südwesten Frankreichs gekämpft wurde, führte Bismarck in Versailles die Verhandlungen mit den Abgesandten der süddeutschen Staaten: Großherzog Friedrich von Baden hatte angeregt, daß sie sich dauernd dem norddeutschen Bunde anschließen sollten; König Ludwig von Bayern hatte der Anregung Folge gegeben, ebenso waren Württemberg und Hessen zum Beitritt geneigt.

Jetzt galt es, die Form des Anschlusses zu finden und im einzelnen zu regeln. Der Einheitsdrang des Volkes befundete sich machtvoll, der Ruf nach dem deutschen Kaiser heischte Erhörung; so bot der Bayernkönig im Namen der deutschen Fürsten dem edlen König Wilhelm die Kaiserkrone an.

Am 18. Januar 1871 wurde der Traum der Besten im Volke Wahrheit: in Feindesland, im Spiegelsaale desselben Versailler Schlosses, von wo so viele, für Deutschland unheilvolle Befehle ausgegangen waren, wurde Wilhelm der Siegreiche zum deutschen Kaiser ausgerufen, umgeben von den Fürsten und Heerführern der Deutschen und den Vertretern des Reichstags; breit und mächtig stand der Mann vor ihm, der diese große Stunde heraufgeführt hatte, Otto von Bismarck, der Erneuerer des Reichs, um der Welt zu verkünden, daß die deutschen Stämme sich zu einem Reiche zusammengeschlossen und sich ein Oberhaupt, einen Kaiser gegeben hatten.

Mit dem Falle von Paris war Frankreichs Kraft erschöpft; Ende Februar 1871 wurden die Friedensverhandlungen eröffnet. Die Erwartungen auf Österreichs und Italiens Hilfe waren getäuscht worden: die entscheidungsvollen Tage von Wörth, Weißenburg und Spichern hatten

die Überlegenheit der deutschen Waffen so deutlich kundgetan, daß man in Wien und Florenz, das damals noch die Hauptstadt Italiens war, die Lust verlor, sich in die zu erwartende Niederlage Frankreichs hineinziehen zu lassen. Während des Krieges aber wies Bismarck alle Einmischungsversuche fremder Mächte entschlossen zurück: Frankreich stand und blieb allein.

Am 1. März zogen Abteilungen des deutschen Heeres in Paris ein, zum dritten Male im 19. Jahrhundert. Am 10. Mai wurde zu Frankfurt a. M. der Friede endgültig geschlossen; in derselben Stadt, wo Bismarck seine hohe Schule der Politik durchgemacht hatte, errang er seinem Volke den Preis des glorreichen Kampfes: Elsaß-Lothringen wurde abgetreten (an 14500 Geviertkilometer mit $1\frac{1}{2}$ Million Einwohnern), und eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franken war zu zahlen.

Die Schmach der Jahrhunderte war gesühnt!

Die beiden einst schnöde geraubten deutschen Lande waren wieder gewonnen, Metz und Straßburg, solange die Ausfalltore Frankreichs gegen die Deutschen waren wieder deutsch; die deutschen Staaten geeinigt und zusammengefaßt zum deutschen Reiche, an dessen Spitze ein deutscher Kaiser stand.

Gefunden hatte sich der eiserne Held an Wollen und Können, gefunden hatte er den edeln Fürsten, der ihn waltete ließ, gefunden hatten beide das zum äußersten entschlossene Volk als Gefolge: das Werk ihrer Mühen lohnte die gebrachten Opfer an Gut und Blut. Noch einmal erging sich das Volk in ergreifenden Kundgebungen: als die Sieger heimkehrten aus dem langen, schweren Streite. Jede Stadt, jedes Dorf, das sie berührten, bereitete ihnen unvergeßlichen Empfang; am 16. Juni 1871 hielt Kaiser Wilhelm an der Spitze von Abordnungen des Heeres, umgeben von seinen Paladinen und glänzenden Heerführern, umbraut von endlosem Jubel feierlichen Einzug in dem zur Reichshauptstadt erhobenen Berlin. Den Ehrenplatz im Zuge, unmittelbar vor sich selbst, hatte er den Helden angewiesen, denen er und die Deutschen unvergänglichen Dank schuldeten: Albrecht von Roon, der das Schwert Preußen-Deutschlands geschliffen, Helmuth von Moltke, der es geführt, und Otto von Bismarck, der der treibende Wille der Volks-Gesamtheit geworden war.

Die Reichsverfassung.

Den Tagen höchster vaterländischer Erhebung im großen Kriege folgten bald solche nüchterner, treuer Arbeit, denn das neue Gebäude der deutschen Einheit wollte ausgebaut sein.

Auch wir müssen Abschied nehmen von dieser hohen Zeit und ruhig prüfen, was die Gründung des neuen deutschen Reiches besagte.

Wir kennen die Bedeutung des norddeutschen Bundes: er war der

erste Schritt zur Einheit und schuf die erste machtvolle staatliche Zusammenfassung eines Teiles der deutschen Stämme. Nun folgte der zweite Schritt: der norddeutsche Bund wuchs sich zum deutschen Reiche aus, indem die süddeutschen Staaten sich angliederten und das zurückeroberte Elsaß-Lothringen als Reichsland einverleibt wurde. Im Herzen Europas, an der Stelle, wo die Welt bisher Zerrissenheit und Kraft-Zersplitterung zu finden gewohnt war, entstand ein Staat, der auf 540 743 Geviertkilometern über 40 Millionen Menschen umfaßte, die nach innen und außen zur Einheit zusammengeschlossen waren. Damit war endlich die Form gefunden, in der die Kraft des Deutschtums sich betätigen konnte.

Freilich die Deutschen Österreichs blieben außerhalb dieses neuen deutschen Staates, wie auch die Hochdeutschen der Schweiz und die Niederdeutschen Hollands und Belgiens, sowie die östlichen Außenposten in den Ostseeprovinzen und in Ungarn bei dem Einheitswerk außer Betracht bleiben mußten: sonst aber waren alle Deutschen in Mitteleuropa vereinigt zu einem Bundesstaate, der stark genug war, dem Zwecke zu dienen, den die Reichsverfassung ihm vorschrieb: der Wohlfahrt des deutschen Volkes.

Das war etwas völlig Neues in der Geschichte, eine Tatsache von umwälzender Bedeutung.

Die Deutschen, bisher gewohnt, den Gegenstand der Politik fremder Mächte abzugeben, waren durch die Einigung dazu gekommen, selbst wirksame Politik dem Auslande gegenüber treiben zu können. Das hieß: zum ersten Male in der Geschichte konnte die gesammelte Kraft der Deutschen in den Dienst einer nationalen Politik gestellt werden. Damit erst war eine solche Politik wirklich möglich geworden.

Dies zeigte sich sofort durch zwei Erscheinungen: Das neue deutsche Reich wurde zur maßgebenden Macht in Europa, ja in der Welt — ob auch der Neid und der Haß der andern Völker bestehen blieb oder wuchs, die Kraft des Deutschen Reiches wagte keines auf die Probe zu stellen, und alle erkannten seine Machtstellung an. Zum andern bot die nun geschaffene Einheit die Möglichkeit, die wirtschaftliche Kraft des Volkes frei zu machen und eine großartige Entwicklung deutschen Gewerbefleißes und Handels einzuleiten.

Maßvoll und besonnen übten Kaiser Wilhelm und sein Kanzler, dem der dankbare Herrscher die Fürstenwürde verliehen hatte, die gewonnene Macht aus: kein ungerechter Anspruch wurde erhoben, kein Übergriff begangen, aber auch kein Angriff gegen deutsche Rechte zugelassen.

Neben der inneren Ausgestaltung des Reiches hielten sie es nach den Lehren der Geschichte für ihre erste Pflicht, das deutsche Heer im Zustande

der Schlagfertigkeit zu erhalten. Bayern behielt völlig getrennte, Württemberg und Sachsen beschränkte eigene Heeresverwaltung; alle übrigen Bundesstaaten unterstellten ihre Truppen Preußen, wo die großen Helfer des Kaisers rastlos an der Erhaltung der Kriegstüchtigkeit arbeiteten; es war dafür gesorgt, daß die Ausbildung und Bewaffnung aller deutschen Truppenteile gleichmäßig werde.

Die junge deutsche Kriegsflotte fand in Prinz Adalbert von Preußen ihren ersten Admiral und in General von Stosch einen tüchtigen Neuordner; nach einem festen Plane wurden Kriegsschiffe gebaut, treffliche Seeoffiziere erzogen und eine aus allen deutschen Gauen ausgehobene Mannschaft ausgebildet. Bald konnte das Reich auf eine stattliche Kriegsmacht zur See blicken, und die Flotte bewährte sich als ein alle Stämme einigendes Band.

Kopferbrechen bereitete das Schicksal der gewonnenen Lande Elsaß-Lothringen. Was sollte aus ihnen werden? Heinrich von Treitschke riet, sie in Preußen einzuverleiben, weil allein ein Großstaat die innere Kraft besitze, die doch dem alten Vaterlande entfremdeten Lande wieder ganz deutsch zu machen; andere rieten eine Teilung zwischen Baden, Bayern und Preußen. Bismarck, dessen Tatsachensinn gewiß die Einverleibung in Preußen für richtig hielt, der aber die Gefühle der übrigen Bundesstaaten durch eine alleinige Vergrößerung Preußens nicht verletzen, andererseits auch eine Erweiterung Bayerns und Badens vermeiden wollte, schlug vor, was alle deutschen Stämme vereint erworben, dem Reiche als Reichsland anzugliedern. So geschah es, und es kam eine Zwitterbildung zustande, die sich aus Bismarcks Erwägungen wohl rechtfertigen ließ, die aber doch bedauerlich war. Das Reichsland wurde kein Bundesstaat, hatte kein eigenes selbständiges Oberhaupt, keine Volksvertretung; der Kaiser wurde zugleich Herrscher des Landes, dessen Gesetzgebung vom Reichstag besorgt wurde. Nach den ersten Übergangsjahren, wo der treffliche Oberpräsident von Möller zielbewußt die Verwaltung des Landes einrichtete, wurde Feldmarschall von Manteuffel als Statthalter an die Spitze von Elsaß-Lothringen gestellt; er war dem Reichskanzler untergeordnet, hatte aber für die Landesverwaltung ein Ministerium unter sich, das in Verwaltungsfragen von einer Art Volksvertretung, dem Landesauschuß, beaufsichtigt wurde.

Wir werden später über Manteuffels Verwaltung zu berichten haben — jetzt sei festgestellt, daß von Reichs wegen alles geschah, um die Zugehörigkeit des Landes zum Reiche zum Ausdruck zu bringen und das Wohl seiner Bevölkerung zu fördern: die Festungen wurden ausgebaut, vor allem Metz und Straßburg zu uneinnehmbaren Plätzen ausgestaltet; die Verkehrsmittel wurden verbessert; das wirtschaftliche Leben erfuhr nach den unvermeidlichen Schädigungen der ersten Übergangszeit rasche Hebung,

und dem geistigen Leben wurde in der neu gegründeten, reich ausgestatteten Kaiser-Wilhelm-Universität ein Mittelpunkt gegeben.

Neben dem Heere, der Flotte und den Reichslanden waren sachlich die Gebiete der Gesetzgebung dem Reiche vorbehalten, die dem norddeutschen Bunde durch seine Verfassung übertragen worden waren; nur hatte Bayern sich in den Versailler Verhandlungen weitgehende Ausnahmerechte (sog. Reservatrechte) ausbedungen — neben der eigenen Heeresverwaltung vor allem eigene Post und Telegraphie, während Württemberg sich mit bescheideneren Sonderrechten begnügte.

Die Träger des gemeinsamen politischen Lebens des Reiches wurden der Reichstag und der Bundesrat, beide aus der Verfassung des norddeutschen Bundes übernommen und weitergebildet.

Der Reichstag war die Vertretung des im Reiche wohnenden Volkes, und seine Abgeordneten wurden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt; jeder Reichsangehörige, der 25 Jahre alt war und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befand, hatte Wahlrecht. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 397 festgesetzt.

Mit deutscher Gerechtigkeit wurden auch die undeutschen und deutschfeindlichen Bevölkerungsbestandteile mit dem Wahlrecht ausgestattet, wie Polen, Dänen und bald auch die Französlinge Elsaß-Lothringens: man dachte nicht daran, das wichtigste Bürgerrecht dadurch vor Mißbrauch zu bewahren, daß man es Reichsfeinden versagte; so wurde es möglich, daß diese Feinde des Deutschen Reiches durch ihre Vertreter im deutschen Reichstage eine deutschfeindliche Politik treiben konnten.

Der Bundesrat war die Vertretung der deutschen Einzelstaaten; er zählte insgesamt 58 Stimmen, von denen Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin je 2, die andern alle je 1 Stimme hatten. Wieder hatte Preußen sich mit einem Stimmrechte begnügt, das seiner tatsächlichen Macht und seinen Leistungen nicht entsprach, aber Bismarck wollte durch so weise Beschränkung zeigen, daß der deutsche Großstaat die Mittel- und Kleinstaaten nicht entrechteten wolle; er sicherte Preußens Einfluß dadurch, daß in allen wichtigsten Fragen gegen seine Stimmen kein Beschluß zustande kommen konnte.

Den Vorsitz im Bundesrate führte der Reichskanzler, der einzige Minister des Reiches, in dessen Hände alle Fäden zusammenlaufen; zu seiner Unterstützung ward das Reichskanzleramt berufen, dessen Arbeitsgebiet mit dem Anschwellen der Geschäftslast unter „Staatssekretäre“ aufgeteilt wurde, nämlich diejenigen des Innern, des Äußeren, der Justiz, der Marine, der Finanzen, der Reichspost und zuletzt für die Kolonien. Doch blieb die Einheit der Reichsleitung nach wie vor dadurch gewahrt,

daß diese Staatssekretäre dem Reichskanzler unterstellt waren, und daß er die Verantwortung für die Gesamtpolitik des Reiches zu tragen hatte.

An der Spitze des Reiches stand der Kaiser, dessen Amt und Würde dem Hause Hohenzollern erblich, verbunden mit der preußischen Krone, übertragen wurde; er war der Vertreter des Reiches nach außen und innen, der oberste Kriegsherr für Heer und Flotte — für Bayern nur nach erfolgter Kriegserklärung —; er war zugleich Inhaber der Regierungsgewalt für das Reichsland Elsaß-Lothringen.

Wie im norddeutschen Bunde kamen im Deutschen Reiche Gesetze zustande durch übereinstimmende Beschlüsse des Reichstags und des Bundesrats; die Veröffentlichung erfolgte durch den Kaiser unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Auf die Gesetzgebung hatte der Kaiser als solcher keinen Einfluß, sondern nur als König von Preußen durch sein Recht, die preußischen Stimmen im Bundesrate anzuweisen.

Was vom norddeutschen Bunde gesagt wurde, galt auch vom Reiche: so verwickelt und schwerfällig die Reichsverfassung in solcher Darstellung erscheint, so glatt und einfach wirkte sie in der Ausübung, wenn ihre Organe — der Kaiser, der Bundesrat, der Reichskanzler, der Reichstag — erfüllt waren von dem Gedanken der Einheit und Zusammengehörigkeit, wenn sie geleitet waren von lebendigem Volks- und Staatsbewußtsein.

Tatsächlich bewährte sie sich unter Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck Händen, und schnell wurde das Haus ausgebaut, zu dem am 18. Januar 1871 der Grundstein gelegt war.

Des Reiches Ausbau.

„Sehen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können“, so lautete ein hoffnungsvolles Wort Bismarcks aus den Tagen seiner Tätigkeit für die innere Ausgestaltung seines Werkes.

Es konnte reiten, solange ein stetiger, zielbewußter Wille das Roß lenkte.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik erlebte unser Volk das Wunder, mit einem Schläge zur bedeutungsvollsten Macht erhoben zu sein, nach deren Haltung die Welt sich richtete. Die Reichshauptstadt Berlin wurde der politische Mittelpunkt der Erde.

Meisterhaft verstand es Bismarck, das grollende Frankreich in der Vereinsamung zu erhalten und damit die Gefahr eines Rachekrieges zu beseitigen. Bei Zar Alexander II. von Rußland genoß er solches Vertrauen, daß die Politik dieser Großmacht, trotz des Anwachsens der panslawistischen deutschfeindlichen Bewegung, dem Reiche gegenüber eine freundliche Haltung bewahrte. Die rücksichtsvolle Behandlung Österreichs nach seiner Niederlage trug ihre Früchte; Graf Beust, der Leiter der auswärtigen Politik der Donaumonarchie, erkannte, daß nach dem Frankfurter Frieden

ein feindliches Verhältnis zum Reiche gefährlich sei; er lenkte in andere Bahnen ein und veranlaßte seinen kaiserlichen Herrn, die Hand zur Versöhnung zu bieten, so daß noch im Jahre 1871 eine Zusammenkunft Wilhelms I. und Franz Josefs in Salzburg stattfand.

Nach Beusts Rücktritt hielt sein Nachfolger Graf Andrassy dieselbe Politik ein, und es war ein natürliches Ergebnis der guten Beziehungen des Deutschen Reiches zu Rußland und Österreich-Ungarn, daß im Jahre 1872 bei einem gleichzeitigen Besuche der Herrscher dieser Staaten in Berlin das sog. „Dreikaiserbündnis“ zustande kam. Das junge Königreich Italien, das infolge der deutschen Siege das von der französischen Besatzung geräumte Rom als Hauptstadt gewonnen hatte (20. September 1870), stellte sich freundlich zu diesem Bunde, so daß Frankreich vereinsamt blieb; damit war, da es allein den Rachekampf nicht wagen konnte, der Friede gesichert.

Als Verwicklungen in den Balkanstaaten einen schweren Krieg zwischen Rußland und der Türkei herbeiführten (1877—78), in dem die Türkei unterlag, erschien es selbstverständlich, daß der zur Ordnung der Verhältnisse am Balkan einzuberufende Kongreß unter Bismarcks Vorsitz in Berlin tagte.

Das Ergebnis der Verhandlungen war für das siegreiche Rußland minder günstig, als das russische Volk erhofft hatte — nicht weil das Deutsche Reich ihm seine Erfolge mißgönnt hätte, sondern weil England und Österreich-Ungarn die durch den Frieden von San Stefano geschaffene Vormachtstellung des Zarenreiches nicht dulden mochten; als auf ihren Einspruch Rußland auf einen großen Teil seiner Erfolge verzichten mußte, machte die panslawistische Bewegung Bismarck und die deutsche Politik dafür verantwortlich, und Zar Alexander II. wie sein Kanzler Fürst Gortschakow gaben ihr nach: es fand eine Entfremdung zwischen beiden Nachbarn statt, die bald bedrohliches Aussehen gewann.

Bismarcks Staatskunst erblickte gegenüber der von Osten drohenden Gefahr ein Mittel der Sicherheit in dem Trutz- und Schutzbündnis mit Österreich-Ungarn, das auf Andrassys Vorschlag und seinen Rat gegen das anfängliche Sträuben Kaiser Wilhelms zustande kam (7. Oktober 1879); im Jahre 1883 trat Italien dem Bunde bei, da der leitende Minister Crispi, sei Cavours Tode der bedeutendste italienische Staatsmann, in dem Anschluß an die beiden Kaisermächte die Bewahrung vor einem Angriffe Frankreichs erblickte.

So kam der Dreibund zustande, der über 30 Jahre den Frieden Europas erhalten hat — solange Bismarck im Amte, wirklich eine Bürgschaft der deutschen Machtstellung, seit seiner Entlassung, wie wir sehen werden, nur von bedingtem Werte. Aber der Dreibund genügte Bismarck nicht zur Sicherstellung seines Vaterlandes; es gelang ihm das unerhörte

Meisterstück, daneben, sobald in Rußland die Regierung sich ernüchtert von den panslawistischen Hezern abwandte, ein geheimes Abkommen mit dem Zarenreiche zu schließen, den berühmten Rückversicherungsvertrag.

Das Deutsche Reich stand unangreifbar da — das war der Erfolg der unvergleichlichen Staatskunst Bismarcks; mochten in Frankreich lärmende Kundgebungen des Deutschenhasses stattfinden, mochte ein Abenteurer wie General Boulanger das Volk bis unmittelbar zum Kriegeausbruch aufreizen — die deutsche Staatsleitung blieb kaltblütig und ruhig; sie sandte gelegentlich einen der sprichwörtlich gewordenen „kalten Wasserstrahlen“ nach Paris und wußte, wie gut das deutsche Heer zum Kampfe gerüstet sei und daß Frankreich keinen Bundesgenossen finden werde; diese grausamen Tatsachen brachten denn auch den westlichen Nachbarn immer wieder zur Vernunft, und der Friede blieb erhalten.

Auf dem Gebiete der inneren Politik bewährte Bismarck die gleiche Meisterschaft, wie auf dem der äußeren. Wie dort, so war auch hier die Persönlichkeit des edlen Kaisers von unschätzbarem Werte, der mit echter Bescheidenheit, sicherem Takte und wahrer Herrschergröße nicht nur die Liebe des gesamtdeutschen Volkes gewann, sondern sich auch die deutschen Bundesfürsten in wirklicher Verehrung verband: er war das anerkannte Haupt der Fürsten, von dem sie wußten, daß er ihren Rechten nie zu nahe treten werde.

So kam es, daß die Bundesstaaten sich unter dem Eindrucke der wahren Freundschaft ihrer Oberhäupter schnell und gern im Reiche einlebten und befriedigt an dem Ruhme des jungen Kaiserstaates teilnahmen. Mit unendlichem Fleiße, niemals ermüdend, mit sicherem staatsmännischem Blicke aufs Wesentliche gehend, die Rechte der Einzelstaaten und ihrer Fürsten achtend, besorgte Bismarck den Ausbau des Reiches.

Die Rechtseinheit wurde eingeleitet durch die Schaffung des Strafgesezbuches, die allgemeine Einführung des Handelsgesezbuches, durch das Gesetz über den Erwerb und Verlust der Reichsangehörigkeit: durch letzteres wurde ein Reichsbürgerrecht geschaffen, das allerdings nur ungenügende Sicherheit gegen den Verlust der Reichsangehörigkeit gewährte — ein Mangel, der erst im Jahre 1913 beseitigt worden ist.

Es folgten die wichtigen Reichsjustizgesetze, durch die einheitliches Zivil- und Straf-Prozeß-, sowie Konkursrecht geschaffen wurde; ein Gesetzbuch für das gesamte bürgerliche Recht wurde vorbereitet.

Das wirtschaftliche Leben konnte sich in ungeahnter Weise entfalten; das Reichsgebiet bildete, wie wir wissen, auch früher schon seit dem Ausbau des Zollvereins ein einheitliches Zollgebiet, aber die Sicherheit der politischen Verhältnisse erleichterte und begünstigte jetzt die wirtschaftliche Entwicklung dem Auslande gegenüber.

Als sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein Not bringender

Stillstand und Rückschritt des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar machte, vollzog Bismarck entschlossen den Übergang vom Freihandel zum Schutz-zoll und wurde damit der Urheber eines Aufschwungs, wie er in der Ge-schichte noch nicht vorgekommen ist.

Die trefflich arbeitende Post- und Telegraphen-Verwaltung, die in Heinrich von Stephan ein schöpferisches Haupt gefunden hatte, förderte die wirtschaftliche Entwicklung und machte das Reich zu einer jeden Tag dankbar empfundenen Verkehrs-Einheit.

Eine ungeheure Arbeitsleistung, die der Reichskanzler und seine Mit-arbeiter vollbrachten — vollbrachten trotz schwerster Hindernisse.

Hemmungen.

Wir wollen den anfänglichen Widerstand der preußischen Altkonser-vativen gegen Bismarcks innere Politik nicht zu hoch anschlagen, so schmerz-lich er auch dem aus den Reihen dieser Partei hervorgegangenen Kanzler war — dauernden Schaden haben dem Reiche bereitet: die kurzfristige Bismarck-Feindschaft der Fortschrittspartei unter Eugen Richters Füh-rung, die ultramontane Bewegung unter Windthorst, die in dem Zentrum ihre parlamentarische Vertretung fand, und endlich die internationale Sozialdemokratie, die in gleicher Weise staats- und gesellschaftsfeind-lich auftrat.

Die Deutschen hatten das Reich — in ihm den deutschen Staat: aber es war wieder einmal, als solle dem im Kriege glänzend bewährten Volke der Weg in eine größere Zukunft erschwert werden. Weite Kreise des Volkes stellten sich bald nach der Reichsgründung abseits vom Reiche, ja feindlich zu ihm, und es ist ein unverjährbares Verdienst des gemäßigt liberalen, gebildeten deutschen Bürgertums, wie es in der national-liberalen Partei vertreten war, daß es, von manchen Irrungen und Schwankungen abgesehen, doch dem großen Reichsgründer Gefolgschaft leistete und ihm den Ausbau seines Werkes ermöglicht hat.

Von Bismarcks Feinden war die Fortschrittspartei an sich am wenigsten gefährlich; sie bestand aus ehrenhaften, aber in ihren Partei-lehren befangenen Männern, denen die Volksrechte in der Reichsverfassung nicht ausgedehnt genug schienen und die unbedingte Gegner des Schutz-zolles waren; ihr Führer Eugen Richter war ein hochbegabter, aber den Wirklichkeiten des Staates fremder Mann, der zudem für Bismarcks Größe kein Verständnis hatte und ihn mit wahren Hasse verfolgte — ein Gefühl, das Bismarck redlich vergalt. Von Bedeutung wurde diese Partei dadurch, daß sie mit Zentrum und Sozialdemokratie vereinigt, zeitweise die Zahl der hemmenden Volksvertreter in die Mehrheit brachte und eine nationale Politik unmöglich machte.

*

*

*

Die ultramontane Partei, „das Zentrum“, setzte sich die Wahrung der Ansprüche der katholischen Kirche und der religiösen Rechte ihrer Angehörigen zum Ziele, die sie durch das Ausscheiden Österreichs und angesichts der evangelischen Mehrheit im Deutschen Reiche gefährdet glaubte; ihr Beiwort weist „über die Berge“ — ultra montes — d. h. nach Rom. Damit ist von vornherein die Gefahr einer solchen Parteibildung gekennzeichnet, die ihre Maßnahmen nicht nach dem so oder so beurteilten Bedürfnisse des eigenen Volkes trifft, sondern nach demjenigen einer außerhalb des eigenen Volkes stehenden Macht, wie sie das Papsttum darstellt.

Dies Einsetzen einer deutschen Partei für fremde, undeutsche Zwecke zeigte sich sofort bei ihrer Begründung: wir wissen, daß Rom und der Kirchenstaat infolge der deutschen Siege über Frankreich an Italien gefallen waren; damit war die weltliche Herrschaft des Papstes vernichtet. Das Zentrum forderte nun die Wiederherstellung des Kirchenstaates und die Befreiung des Papstes und der Kirche aus den Banden des italienischen Staates. Das hätte den Bruch, ja den Krieg auf Tod und Leben mit dem neuen Königreich Italien bedeutet und wäre eine Fortsetzung der unseligen Politik des Mittelalters gewesen, die ihre Ziele in Italien suchte, statt das eigene Haus in der Heimat zu bestellen. Um das Unnatürliche solcher Forderung noch klarer zu machen, sei darauf verwiesen, daß das Zentrum ein solches Verlangen an das Reich stellte, dessen Bewohner überwiegend evangelisch waren — und daß es dies im selben Augenblicke tat, wo der Papst durch die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils dem Staate und den Ketzern unerbittlichen Kampf angekündigt hatte. Es gehörte an sich die ganze Weltverlorenheit von Deutschen dazu, eine Partei auf solcher Grundlage ins Leben zu rufen, und es war ein trauriger Beweis für die mangelhafte politische Begabung unseres Volkes, für seine Unklarheit, für die Unfähigkeit zu politischer Erfassung der Dinge, daß eine solche Partei so massenhaften Zulauf fand, daß sie schon im ersten Reichstage mehr als 60 Abgeordnete zählte.

Das Unglück wollte es, daß das Zentrum in dem früheren hannoverschen Minister Windthorst einen Führer von staatsmännischer Begabung, von politischer Erfahrung und Verschlagenheit fand, der sich als Vertreter der abgesetzten hannoverschen Königsfamilie fühlte und seine Partei unausgesprochen in den Dienst der welfischen Sache stellte.

Das Unglück wollte es weiter, daß Windthorst in den katholischen Polen die geborenen Bundesgenossen des Zentrums sah, wobei das katholische Bekenntnis die Verbindung lieferte, und daß seine Partei Maßnahmen des preussischen Staates gegen die staatsfeindlichen Mächenschaften des Polentums als Angriffe gegen die katholische Kirche auffaßte; dies war

um so verhängnisvoller, als der katholische Klerus der Provinz Posen der Träger des Hasses und der Feindschaft gegen Preußen war.

Diese Zusammenhänge führten einen schlimmen, schweren Kampf zwischen Staat und Kirche herauf: Bismarck sah sich veranlaßt, der polnischen Geistlichkeit wegen ihrer politischen Umtriebe entgegenzutreten — dagegen behauptete diese der Wahrheit zuwider, sie werde um ihres katholischen Glaubens willen verfolgt; das Zentrum, als Hort der katholischen Kirche, nahm sich der Polen an; Bismarck erblickte nun in der römischen Kirche ganz allgemein den politischen Feind des preußischen Staates und des Reiches — und der Streit entbrannte auf der ganzen Linie. Man kann zugeben, daß Bismarck sich in der Leidenschaft des Kampfes in seinen Mitteln vergriffen hat und daß sein Kultusminister Falk, ohne Verständnis für das Wesen, die Macht und den Einfluß der Kirche, durch „bürokratische“ Quälereien der Geistlichkeit das Mitgefühl der Gläubigen wachrief und dem Zentrum neuen Zulauf brachte. Aber die Gerechtigkeit zwingt zu der Feststellung: der Reichskanzler verteidigte die Ansprüche seines Volkes und Staates gegen die Polen — das Zentrum, das sich für den Kirchenstaat und für die Welfen eingesetzt hatte, brachte es infolge einer unwahren Verquickung zwischen kirchlichen und politischen Dingen fertig, die Forderungen des deutsch-feindlichen Polentums zu vertreten.

Kann hier die Frage sein, wer sittlich und politisch im Rechte war?

Der Streit zwischen Staat und Kirche, mit dem schiefen Namen „Kulturkampf“ bezeichnet, vergiftete das politische Leben im jungen Reiche; er entfremdete zahllose Katholiken, denen es an politischem Urteil fehlte, vor allem also die Massen, dem Staate und verstärkte das Zentrum zu einer Partei von etwa 100 Abgeordneten. Wir können die Einzelheiten dieses für die Gestaltung des politischen Lebens unendlich wichtigen Kampfes nicht verfolgen und begnügen uns mit der Feststellung, daß Bismarck einzulernen begann, als er die geistige Unnahbarkeit der Zentrumswähler erkannte; er trat in unmittelbare Verhandlungen zum päpstlichen Stuhle und gab nach und nach eines seiner Kampfgesetze nach dem andern preis; in der Hauptsache blieb nur das Verbot des Jesuitenordens und des Mißbrauchs der Kanzel zu politischen Zwecken bestehen. So gelang es ihm, mit dem Papste zum Frieden zu kommen — das Zentrum aber war päpstlicher als der Papst und suchte und fand stets neue Beschwerden wegen angeblicher Unterdrückung oder ungleicher Behandlung der Kirche und katholischen Gläubigen: so erhielt es seine Bewegung im Zuge.

Die dauernde Folge des Kulturkampfes ist — das bleibt ein übles Zeichen für die politische Reife des deutschen Volkes — die Machtstellung des Zentrums, das trotz alles Entgegenkommens des Staates die Massen unter dem Schlagwort des bedrohten katholischen Glaubens bei seinen Sühnen erhielt.

Für jeden, der allein das Wohl seines Volkes zum Maßstabe der Beurteilung einer Partei nimmt, ist es klar, daß das Zentrum ein Fremdkörper im deutschen Volke ist.

* * *

Eine schlimmere Gefahr erwuchs dem jungen Reiche in der sozialistischen Bewegung.

Ihr Ursprung weist auf Frankreich, wo weltfremde Menschheitsbeglücke in der Abschaffung des Eigentums und in der Gütererzeugung der Gesamtheit für die Gesamtheit, in der unbedingten Gleichheit aller das Heil und die Erlösung der Welt suchten; eine solche Lehre verwarf den Staat und erkannte die trennenden Schranken der Völker nicht an; für sie gab es nur die Menschheit als Inbegriff gleichberechtigter und gleichverpflichteter Einzelpersonen.

Das bedeutete den Kampf gegen den Staat, gegen die Monarchie, gegen das Einzeleigentum und alle bestehende Ordnung; die Lehre war umstürzlerisch. Sie blieb ungefährlich, solange sie nur in den Köpfen einzelner lebte, wurde aber staatsgefährlich, sobald sie von den Massen aufgenommen war. Dies geschah in Frankreich und später auf deutschem Boden, als alle wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Industrie und das Großkapital umgestaltet wurden.

Die Erfindung der Dampfmaschine hatte eine Umwälzung in der Gütererzeugung hervorgebracht, die sich um so schärfer zeigte, je vollkommener neue Erfindungen die Maschinen herstellten; der Kleinbetrieb des Handwerkers trat zurück gegen die Massenerzeugung in Fabriken, die man als „Industrie“ bezeichnet.

Es ist klar, daß zahllose kleine selbständige Meister vernichtet wurden — es ist klar, daß der Massenbetrieb der Fabriken schnelleres Ansammeln von Reichtümern ermöglichte, die mindestens zum Teil wieder zum weiteren Ausbau der Industrie verwendet wurden.

Es ist auch klar, daß die fabrikmäßige Massenerzeugung Menschenmassen nötig hatte, die sich an den Mittelpunkten der Industrie ansammelten und die auf den Arbeitslohn aus der Fabrik angewiesen waren. Eine weitere Folge waren wirtschaftliche „Krisen“, d. h. es konnte vorkommen und kam häufig vor, daß der Vorrat der in Massen erzeugten Güter das Bedürfnis oder die Kaufkraft des in- oder ausländischen Marktes überstieg; dann ruhte der Betrieb, die weitere Erzeugung wurde eingestellt, die Fabriken standen still, und ihre Arbeiter waren erwerblos. Das hieß für sie, die nichts besaßen, daß sie brotlos waren.

So schuf die Industrie ein Heer von Arbeitern, die allen Gefahren und Wechselfällen der Wirtschaftslage ausgesetzt waren, auf deren Gestaltung sie keinen Einfluß hatten, die aus der Hand in den Mund lebten

und die mit Ingrimm sahen, wie ihre Arbeitgeber schnell Reichtümer erwarben: es entstand das sog. „Proletariat“.

Es ist begreiflich, daß dieses Heer von Besitzlosen die Grausamkeit seiner Lage bitter empfand; es ist auch verständlich, daß es den Staat und die Gesellschaft, die sich nicht um es kümmerten, für seine Not verantwortlich machte, und daß der Übergang von der Unzufriedenheit zu Umsturzbestrebungen bald vollzogen war.

In diesen Massen des Sabrielproletariats fanden die Lehren des menschenbeglückenden Sozialismus Eingang und wurden um so begeisterter aufgenommen, je mehr die großkapitalistische und industrielle Entwicklung fortschritt.

Sie mußten bei den Massen um so gefährlicher wirken, als ihre geistige Ausbildung sie nicht befähigte, zu erkennen, daß solche Lehren Wahngedanken waren. In der geschilderten Weise ging die Bewegung zuerst in Frankreich vor sich und griff dann auf Deutschland über, wo sie mit dem Wachsen der Industrie auch wuchs. Hier waren es zwei Männer jüdischer Abstammung, die sich zu Führern aufwarfen: Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Auf die Verschiedenheit ihrer Forderungen können wir hier nicht eingehen, zumal da sie durch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie überholt sind. Ende der sechziger Jahre erstanden der Bewegung in Wilhelm Liebknecht und August Bebel entschlossene und fähige Vorkämpfer, die den „Zukunftsstaat“ auf ihre Fahne schrieben. Das Eigentum sollte beseitigt, die Gütererzeugung vergesellschaftlicht werden; die stehenden Heere sollten abgeschafft und durch Volksheere ersetzt werden; jeder Zwanzigjährige sollte wahlberechtigt sein, und alle Ämter, soweit sie nötig waren, sollten mit Gewählten besetzt werden, endlich sollte das Volk selbst durch Volksabstimmung das Recht der Gesetzgebung ausüben.

Damit war das Proletariat, „der vierte Stand“, im Deutschen Reiche erwacht und betrat die politische Bühne; unter dem Einfluß einer verheßenden, rohen und gewissenlosen Presse und wüster Massenversammlungen nahmen seine Anhänger rasch an Zahl zu, und das Wachsen der „sozialdemokratischen Partei“ wurde begünstigt durch die schlimmen Auswüchse der sog. „Gründerzeit“, die unser Volk nach dem großen Kriege über sich ergehen lassen mußte. Es war wie eine schreckliche, sittliche Erkrankung des Volkskörpers und der Volksseele, wie ein Taumel der Gewinnsucht, ein schamloser Tanz ums „goldene Kalb“.

Die französische Kriegsschädigung von fünf Milliarden Franken war natürlich nicht in der Reichskasse geblieben, sie war ausgegeben worden und brachte Geld unter die Leute, zu viel auf einmal. Das konnte unser bisher an enge Verhältnisse gewöhntes Volk nicht vertragen; das Geld verlor an Wert, es lag auf der Straße; weite Kreise verloren gegenüber

dem Streben nach raschem, mühelosem Erwerb allen sittlichen Halt. Aktiengesellschaften schossen aus der Erde, „Gründungen“ der bedenklichsten Art wurden vorgenommen, selbst Träger alter, adeliger Namen und hohe Beamte ließen sich zu ihrer Förderung mißbrauchen oder erniedrigten sich dazu, die Schlepper für gewissenlose „Spekulanten“ abzugeben. Dem unerhörten, verwegenen Treiben folgte ein übler Zusammenbruch, der „Krach“, in dem Unsummen verloren wurden; die Börse hatte ihre glänzenden Zeiten und verdiente sich den Namen des „Giftbaumes“.

Solange aber die Gründungen zu blühen schienen, flog das Geld auch dem Proletariat in die Hand; es gewöhnte sich daran, über die Verhältnisse zu leben; es wurde durch den reichen Verdienst anmaßend und übermütig — als der Krach kam und die Quellen des reichen Erwerbes versiegten, dachte man nicht der eigenen Verschwendung, sondern sah nur die unehrlich reich Gewordenen und Geliebten: der Groll wuchs, der Neid und der Haß gegen den Besitz, die blinde Wut gegen den Staat.

Jeder Ehrliche muß erröten, denkt er dieser Zeit, als — wenige Jahre nach der reinen Erhebung des französischen Krieges — ein großer Teil der Deutschen der verächtlichsten aller ungezügelter Begierden verfiel: der arbeitsscheuen Gewinnsucht.

In solcher Stidluft konnte die Sozialdemokratie gedeihen; ihr Auftreten wurde offen umstürzlerisch; der Wahnsinn frechster Maulhelden feierte Triumphe. Hier konnte und durfte ein um Volk und Staat besorgter Staatsmann nicht länger zusehen: schon war Bismarck entschlossen, gegen diese Schwarmgeister vorzugehen, als zwei schändliche Mordanschläge gegen Kaiser Wilhelm allen Guten die Augen öffneten. So weit war es gekommen: das durch edelstes Heldentum geheiligte Haupt des greisen Herrschers wurde das Ziel ruchloser Buben. War denn die Zeit aus ihren Sugen! Ein Schrei der Empörung und Entrüstung durchzitterte das Volk, und Bismarck setzte es, nachdem der Reichstag aufgelöst worden war, durch, daß strenge Maßregeln gegen den Umsturz ergriffen wurden. Mit Hilfe des „Sozialistengesetzes“ war es dem Staate möglich, die offene Aufreizung zu erschweren — im geheimen aber wirkten die Volksvergifter weiter.

Edler hat nie ein Herrscher auf ruchlose Greveltat geantwortet, als Kaiser Wilhelm, von Bismarck beraten. Sie ließen sich nicht in eine dem Proletariat feindliche Stimmung hineintreiben — nein: was berechtigt war an den Beschwerden der Sozialdemokratie, sollte beseitigt oder erleichtert werden.

Kaiser Wilhelms milder Sinn verstand die Nöte eines so unsicheren Daseins, wie es vor allem die Fabrikarbeiter zu führen hatten; Bismarck hatte für ihre Lage immer volles Verständnis gehabt und hat das berühmte Wort vom „Recht auf Arbeit“ geprägt. Er erkannte auch, daß

gewissenlose Arbeitgeber die Arbeitskraft ihrer Angestellten ausbeuteten, und daß ein Schutz dagegen nicht nur für den einzelnen davon betroffenen Arbeiter und seine Familie, sondern auch gegen jeden die Volksgesundheit gefährdenden Mißbrauch nötig sei.

So gingen beide daran, der Gesetzgebung die Aufgabe zu stellen, das Los der Besitzlosen zu erleichtern; die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 kündigte die vorbildlich gewordene Sozialpolitik des Deutschen Reiches an. Nach und nach entstanden die Gesetze über die Kranken-, die Unfall-, die Alters- und Invaliditätsversicherung, die den Besitzlosen und seine Familie vor dem Schlimmsten behüten sollten. Ein großes Werk — segensreich, freilich nicht frei von Mängeln, aber eine Kulturtat im edelsten Sinne.

Sie belastete die Industrie mit großen Opfern und erwies den Arbeitern Wohltaten fast ohne Gegenleistung — eines aber hat sie nicht vermocht: die verblendeten Massen zum Staat, zur bürgerlichen Gesellschaft zurückzuführen.

Neben diesen Versicherungsgesetzen sorgte die Gewerbeordnung durch den Ausbau ihrer Schutzbestimmungen dafür, daß eine Ausbeutung der Arbeiter durch habgierige Unternehmer unmöglich gemacht werde.

Innere Gefahren.

Der „doktrinäre“ Freisinn, das ultramontane Zentrum, die internationale Sozialdemokratie — diese Schädlinge des Deutschen Reiches entstammen dem Boden des deutschen Volkes; als sei es an ihnen nicht genug, erstanden uns noch zwei weitere Gefahren aus fremdem, auf dem Reichsboden ansässigem Volkstum: die Polen- und die Juden-gefahr.

Wir wissen, daß Preußen durch den Wiener Frieden das Gebiet der Provinz Posen endgültig erworben hatte. So hatte es zu der polnischen Bevölkerung Westpreußens auch noch diejenige des jetzt wiedergewonnenen Posens erhalten und mußte sehen, wie es mit diesen volksfremden Bestandteilen fertig werde. Mit allem Eifer hatte der Staat sich an die Hebung des Landes und seiner gedrückten Bevölkerung gemacht. Staatlicher Unterricht, staatliche Unterstützung, deutsches Geld, deutsches Beispiel hoben das Volk zu menschenwürdigem Dasein — aber der Lohn war derselbe, wie wir ihn bei der Erörterung der Nationalitätenfrage in Österreich kennen lernen werden: unüberwindlicher Haß gegen alles Deutsche.

Die politische Führung lag in den Händen des Adels und der katholischen Geistlichkeit: beider mehr oder minder offen bekanntes Ziel war die Losreißung Posens von Preußen und die Wiederherstellung eines selbständigen Polenreiches. Der unter den Wohltaten der preußischen Herrschaft herangebildete Mittelstand in Stadt und Land folgte

ihnen ebenso unbedingt, wie die Bauern und Arbeiter. Nun hatten die preußische Verfassung und die des Reiches unter der Einwirkung des demokratisch-liberalen Gedankens des gleichen Rechtes aller Staatsbürger den Polen dieselben politischen Rechte verliehen, wie den Deutschen; diese verfassungsmäßig verbürgten Rechte wurden in unerhörter Weise mißbraucht, um den verheerenden Kampf gegen das Deutschtum zu führen; auf deutscher Seite war man nicht auf den doch eigentlich selbstverständlichen Einfall gekommen, daß politische Rechte nur haben soll, wer den Staat erhalten will, und daß es Selbstmord für den Staat ist, wenn er seine Feinde durch Verleihung solcher Rechte in den Stand setzt, ihn zu untergraben.

In der Zeit der Herrschaft des im sittlichen und politischen Sinne gleichgefährlichen Gleichheitsgedankens durfte Bismarck nicht wagen, den Polen ihre Rechte zu entziehen; er suchte dem Übel in anderer Weise beizukommen: einmal verbot er den Zuzug von Polen aus Rußland und Galizien und wies bereits Eingewanderte in Massen aus; sodann suchte er die deutsche Stellung dadurch zu verstärken, daß er die Ansiedlung deutscher Bauern durch das Ansiedlungsgesetz von 1886 in die Wege leitete. Diese bescheidenen Schutzmaßnahmen konnte er nur unter größtem Widerstande durchsetzen: denn das allzu gerechte deutsche Volk erblickte in solchen Ausnahmegesetzen ein Unrecht, einen Verstoß gegen die Gleichberechtigung der Polen.

Gegenüber dem festen völkischen Zusammenhalt der Polen genügten diese Maßregeln nicht; das Polentum machte weitere Fortschritte, und der deutsche Mittelstand wirtschaftete rückwärts, da er von den Polen geschäftlich gemieden wurde. Andererseits wanderten die polnischen Erbsparnisse, besonders die der in Rheinland-Westfalen beschäftigten polnischen Industriearbeiter in reichem Maße auf national geleitete Kassen und Banken, die damit Land aus deutscher Hand kauften und polnisch besiedelten. So geschah das Gefährlichste: in steigendem Maße kam Grund und Boden in polnische Hände, und ihr Besitz entscheidet am letzten Ende über das Schicksal eines Landes.

Es war kein Zweifel: in der preußischen Ostmark herrschte ein kaum verschleierner Kriegszustand, der die Sicherheit des Staates gefährdete.

Bismarck war entschlossen, den Polen mit schärferen Mitteln entgegenzutreten — aber seine Entlassung brachte einen völligen Umschwung der Politik auf diesem Gebiete.

* * *

Die Juden hatten auf deutschem Boden bis in die neueste Zeit hinein eine Rechtsstellung, die sie von den vollberechtigten Bürgern scharf schied;

ihre Lage war in den einzelnen Staaten des alten Reiches verschieden, aber durchgängig waren sie minderen Rechtes. So war ihre Niederlassung an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und von behördlicher Genehmigung abhängig; sie durften Grundbesitz gar nicht oder nur in beschränktem Maße erwerben. Überall waren ihnen amtliche Stellen in Heer, Verwaltung und Gericht verschlossen, mancherorts durften sie nicht auf dem flachen Lande wohnen — kurz sie waren „Schutzbefohlene“ ohne eigentliche politische Rechte, nur geduldet, keine Bürger. Die französische Revolution und die Wirkungen, die sie auf deutschem Boden nach sich zog, brachten hierin Änderungen, die in den verschiedenen Gebieten verschieden waren; jedenfalls war die Rechtsstellung der Juden zur Zeit des Wiener Kongresses durchweg erheblich besser als vor der französischen Revolution. Rückschläge minderer Bedeutung, die wiederum in den einzelnen Staaten verschieden waren, traten im Gefolge der freiheitsfeindlichen Maßnahmen der Regierungen nach 1815 ein, wogegen das Jahr 1848 ihnen grundsätzlich die volle Gleichberechtigung verlieh. Die Jahre der „Reaktion“ brachten hier und dort noch einmal manche Beschränkungen ihrer bürgerlichen Stellung. Die Verfassung des norddeutschen Bundes und endgültig diejenige des Deutschen Reiches legten die völlige Gleichberechtigung der Juden mit den andern Bürgern fest.

Auch gegenüber den Juden waren Volk und Staat dem Gleichheitsgedanken erlegen; sie sahen in ihnen bisher Unterdrückte, Andersgläubige — nicht Volks- und Rassenfremde; sie beachteten auch nicht die Lehren der Geschichte in bezug auf die Unfähigkeit der Angehörigen dieses Volkes, rastlos in seinen Gastvölkern aufzugehen.

Seit den Tagen Lessings, der die sog. „Judenemanzipation“, d. h. Befreiung dichterisch mit „Nathan dem Weisen“ eingeleitet hatte, galt es als selbstverständlich für den gebildeten deutschen Mittelstand, den Juden zu gleichem Rechte zu verhelfen. Die Neigung hierzu wurde dadurch verstärkt, daß begabte jüdische Schriftsteller in den Verfassungskämpfen nach dem Wiener Kongreß ihre Federn in den Dienst der liberalen Bestrebungen stellten, so daß das deutsche Bürgertum wertvolle Bundesgenossen in ihnen sah.

Die Gefährlichkeit dieser Bundesgenossen wurde nur von wenigen erkannt, die den zersetzenden Einfluß eines Börne und Heine durchschauten — die Masse war harmlos, und wie sie sich für die Polen begeistert hatte, setzte sie sich für die Gleichberechtigung der Juden ein.

Es ist gewiß, daß sittlich und geistig hochstehende jüdische Familien das Vertrauen rechtfertigten, daß sie deutsch werden wollten und könnten — aber galt dasselbe von dem Großteil ihrer Stammesgenossen? Es bleibe dahingestellt, ob sie alle befähigt und gewillt gewesen wären, ein Gleiches zu tun, und ob die verhältnismäßig geringe Zahl der Juden,

die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf deutschem Boden lebte, hätte eingedeutscht werden können — die weitere Entwicklung spricht dagegen. Aber gewiß war es ein verhängnisvoller Fehler, nachdem man den eingewanderten Juden die Bürgerrechte verliehen hatte, die Grenzen nicht zu schließen und dadurch die Einwanderung neuer Massen aus dem sittlich, wirtschaftlich und kulturell tieferstehenden Osten nicht zu verhindern. Das war ein Unrecht gegen unser Volk, ein Unrecht schließlich auch gegen die in Deutschland wohnenden Juden.

So kam es, daß aus Rußland und Galizien Scharen von Juden einströmten, die weder sittlich noch kulturell so hoch standen, daß sie Gleichberechtigung beanspruchen konnten. Sie wurden ohne Widerstand eingelassen und genossen sofort die Freiheiten, die die Deutschen sich in jahrhundertelanger Entwicklung hatten erkämpfen müssen; sie beuteten diese Freiheiten aus, indem sie, dem Drange ihrer Rasse folgend, sich in das Erwerbsleben stürzten und, den Deutschen hierin überlegen, rasch Erfolge erzielten. Diese Zuwanderung hinderte die länger Ansässigen daran, im deutschen Volke aufzugehen, zu verschwinden; sie erinnerte immer von neuem an das Vorhandensein eines gesondert und trotzig unter den Völkern dastehenden jüdischen Volkes; sie wirkte durch ihre Massen auf das Selbstgefühl und die Zusammengehörigkeit der Juden und gab dem deutschen Gastvolke einen Zuwachs, den es nicht verarbeiten konnte. Einmal im Besitze von Rechten, wählten die Juden mit der zielbewußten äußerlichen Anpassungsfähigkeit, die ein innerliches Fremdbleiben nicht ausschließt, neben dem Handel die freien Berufe der Schriftsteller, Ärzte und Anwälte und kamen als Führer der liberalen Bewegung zu Ansehen und Einfluß.

Ihre den Gelderwerb erleichternde Geistesrichtung verführte Unzählige von ihnen, ohne Rücksicht auf die Mittel den Erwerb zu suchen: ein Netz von Wucherern breitete sich über unser Land aus, das den Bauern, den Handwerker, — jeden Geldbedürftigen ausplünderte.

Der Widerstand gegen das Judentum ging denn auch von hier aus: zuerst im Osten und in Berlin, später in Kur- und Oberhessen entstand eine judengegnerische Bewegung, „der Antisemitismus“; die zum Teil rohen Ausbrüche der Volkswut gegen das ausbeuterische Judentum stießen die Gebildeten im deutschen Volke ab und verhinderten die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abwehr gegen die Judenengefahr. Dabei kam den Juden zu statten, daß alles, was liberal war, judenfreundlich dachte, daß ein großer Teil der Presse in ihren Händen war, daß sie schon, getauft oder ungetauft, in Ämter und Würden eingedrungen waren und ihren Einfluß gegen den Antisemitismus geltend machten.

Von Berlin aber ging neben dem aus wirtschaftlichen Gründen erwachsenen, roh und wüst vorgehenden Antisemitismus eine ernste, wohlberedigte Bewegung aus, die auf die sittliche Gefährdung des

deutschen Volkes, seines Geistes, seiner Weltanschauung, seiner Begriffe von Recht, Unrecht, Ehre und Tugend hinwies. Sie stellte sich auf den Rassenstandpunkt, d. h. sie zeigte, daß die Juden — ohne ihre Schuld — als Glieder der semitischen Rasse andere Anschauungen haben, als die arisch-germanischen Deutschen; daß diese anderen Anschauungen über die wichtigsten sittlichen Begriffe ihnen im Daseinstampfe den Deutschen gegenüber Vorteile gewähren und daß der Deutsche, wenn er nicht unterliegen will, Gefahr läuft, jüdisches Verfahren anzuwenden — sittlich-geistig zu verjüden.

Ist diese Gefahr — so sagten die Führer jener Bewegung — auf geschäftlich-wirtschaftlichem Gebiete sehr schlimm und kann sie dazu führen, unser ganzes wirtschaftliches Leben zu untergraben, so ist der Einfluß der Juden auf sittlich-geistigem Gebiete, wo der innere Wert des Deutschtums auf dem Spiele steht, noch viel verderblicher.

Die Juden hatten den größten Teil der liberalen Presse und die sozialistische ganz in ihrer Hand, jedenfalls in ihrer Botmäßigkeit; viele Theaterleitungen waren ihnen untertan; in der Politik drängten sie sich vor und hatten besonders verstanden, sich in den Gemeindeverwaltungen Macht zu verschaffen. So übten sie auf das öffentliche Leben eine Vormundschaft aus, die unerträglich war: jeder Angriff gegen das Judentum wurde unterdrückt — an die Öffentlichkeit brachten diese Presse, diese Theater nur, was ihnen behagte. Der zersetzende Geist des Judentums konnte sich durch zahllose Zeitungen und durch die Bühne, in Büchern und öffentlichen Versammlungen ausbreiten, und er übertrug seine schlechten Früchte auf unser Volk.

Die Sozialdemokratie wäre ganz gewiß ohne ihre jüdischen Führer, ohne ihre Zusammenhänge mit dem Judentum und seinen Geldmitteln nie so schnell groß geworden. Die Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht, Ehrbarkeit und Betrug, wie sie in der Gründerzeit hervorgetreten waren, wäre nie so traurig und entwürdigend geworden, wenn das Gift des jüdischen Geistes nicht schon gewirkt gehabt hätte.

Es ist ein Verdienst, das die Berliner Bewegung sich unter der Führung des Hofpredigers Stöcker erworben hat, daß sie auf die sittlichen Gefahren des Judentums zuerst hingewiesen hat, und es ist eine Ruhmestadt erwachter deutscher Gewissen, daß Männer wie Paul de Lagarde und Heinrich von Treitschke mit dem ganzen Gewicht ihrer reinen Persönlichkeiten gegen das Judentum auftraten.

Die judengegnerische Bewegung kam politisch dadurch zum Ausdruck, daß einige antisemitische Abgeordnete in den Reichstag gewählt wurden.

Die letzten Regierungsjahre Wilhelms I.

Drei Feinde gefährlichster Art waren dem jungen deutschen Reiche gleichzeitig erstanden, alle drei internationaler Art: der Ultramonta-

nismus, die Sozialdemokratie und das Judentum — denn auch es war international, da die Masse der Juden nicht daran dachte, wirklich im deutschen Volke aufzugehen, sondern die Zusammenhänge über die Grenzen der Staaten hinaus aufrecht erhielt und sich als das bewußt fühlte und betrug, was sie wirklich sind: ein besonderes Volk, eine eigene Rasse.

Solche Gegner mußten die Entwicklung des Reiches in nationaler Richtung nachhaltig hemmen. Die ganze Kraft des Fürsten Bismarck, soweit sie nicht von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen war, wurde im Kampfe mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie verbraucht, und dann, als die wirtschaftliche Notlage eine Änderung der deutschen Wirtschaftspolitik verlangte, im Kampfe um die Schutzzölle.

Es ist begreiflich, daß der große Schöpfer des Reiches, der zuerst an die äußere Sicherstellung seines Werkes dachte, nicht dazu kam, die sittlichen Gefahren zu bekämpfen — er hat sie vielleicht, ganz in Anspruch genommen von jenen Aufgaben, nicht bemerkt oder in seinem deutschen Selbstbewußtsein unterschätzt.

Es gibt den Maßstab für die unerschöpfliche Kraft seiner Staatskunst, daß er trotz aller Hemmungen das Reich politisch vorwärts brachte, ja einen kühnen Schritt, zögernd allerdings und anfangs fast halb widerwillig, auf neuer Bahn tun konnte: die Einleitung und Begründung einer deutschen überseeischen Kolonialpolitik. Ende der siebziger Jahre hatte er vergebens den Reichstag zu bewegen versucht, Geldmittel für koloniale Zwecke zu bewilligen. Als aber der unternehmende Bremer Großkaufmann Lüderik sich an der Südwestküste Afrikas Land erworben hatte, da stellte der Reichskanzler dessen Niederlassung Angra Pequena unter den Schutz des Reiches (24. April 1884). Noch im selben Jahre ergriff der Afrikaforscher Nachtigal im Auftrag des Reiches Besitz von Togo und Kamerun, während Karl Peters in Mittel-Ostafrika weite Gebiete an der Küste und „Interessensphären“ nach dem Innern erwarb; etwas später wurden in der Südsee der Nordosten von Neu-Guinea, die Marschall- und die Bismarck-Inseln besetzt.

Damit war das Reich Kolonialmacht geworden, aus Europa herausgewachsen und vor neue Aufgaben gestellt. Die erste Prüfung brachte ein schwerer Araberaufstand in Ostafrika, den Hermann von Wissmann in glänzendem Feldzug niederwarf (1889—1890).

Das deutsche Volk, das im Mittelalter Großes in der Besiedlung des Ostens vollbracht hatte, das Millionen seiner Kinder als Auswanderer für die Besiedlung fremdvölkischer Neuländer hergegeben hatte, mochte nun beweisen, ob es noch die Kraft besitze, für sich Neuland zu erschließen; soweit das Reich dabei in Betracht kam, tat Bismarck den notwendigen Schritt, daß er alle Besitzungen, die zunächst unter dem Schutze des Reiches von einzelnen oder von Handelsgesellschaften erworben worden waren,

gegen Abfindung der Berechtigten in den Besitz des Reiches brachte und seiner Verwaltung unterstellte.

Geschah hier ein Schritt, der neuen Erwerb brachte, so war das Reich mit seinen Maßnahmen in Elsaß-Lothringen nicht erfolgreich.

* * *

Mit Eifer war der Statthalter Feldmarschall von Manteuffel im Reichsland an seine Arbeit gegangen — leider weder mit Glück noch mit Geschick, so daß alle Mühe der altdeutschen Beamten um die innere Wiedergewinnung des Landes und seiner Bewohner verloren war; er hatte sich vorgenommen, die Bewohner um jeden Preis zu „versöhnen“ — als ob nicht hätte verlangt werden müssen, daß sie sich in die neue Ordnung fügten.

In diesem Streben entwürdigte er sich und seine Stellung vielfach; er selbst sprach mit Vorliebe französisch; in seinem Hause wurde mit Elsaß-Lothringern nur, selbst mit Altdeutschen überwiegend französisch verkehrt. Ein folgenschwerer Fehler: denn in dem ferndeutschen Elsaß hatte bis jetzt nur eine dünne Schicht sich zur französischen Sprache bekannt, die nun vom Statthalter, dem Vertreter des Kaisers begünstigt, schnelle Fortschritte machte; war doch ihr höherer Wert, ihre Überlegenheit durch das Verhalten des Statthalters anerkannt worden!

Daneben schmeichelte Manteuffel in verwerflicher Weise der deutsch-feindlichen katholischen Geistlichkeit und erlebte manche peinliche Zurückweisung; gleich unpolitisch kam er den sog. „Notabeln“ entgegen und verlieh diesem gleichfalls welschgesinnten Kreise durch seine Nachgiebigkeit erhöhte Bedeutung.

Die Politik der Versöhnung war in Wahrheit eine solche der Schwäche und erreichte das Gegenteil des Gewollten: das Reichsland wurde nicht innerlich gewonnen, — die Bevölkerung wurde immer feindlicher, und die Reichstagswahlen ergaben überwältigende Mehrheiten für die „Protestler“, d. h. die dem Reiche ablehnend Gegenüberstehenden. So scheiterte Manteuffel kläglich mit seiner Politik.

Ein Unglück für die weitere Entwicklung, daß Bismarck den Dingen in Elsaß-Lothringen zu ferne stand, auch anderweitig viel zu sehr in Anspruch genommen war, als daß er hätte eingreifen können; so vollzog sich Manteuffels unselige Wirksamkeit ungehemmt, und sie hat ihre letzten schlimmen Folgen im großen Kriege gezeigt.

* * *

Hier ist auch die Stelle, der „Welfenfrage“ zu gedenken. In Kurhessen und Nassau hatten die infolge des Prager Friedens entthronten Herrscherhäuser sich in ihr Schicksal ergeben, und die Bevölkerungen fanden

sich um so schneller in den neuen Zustand, als ihnen der Anschluß an ein großes Staatswesen mannigfache Vorteile brachte; ähnlich ging es mit dem einverleibten Schleswig-Holstein, wo nur die Dänen der Grenzbezirke in Feindschaft gegen Preußen verharrten.

In Hannover dagegen erstand eine Partei, die in der Entthronung des welfischen Königshauses und der Einverleibung des Landes in Preußen ein sittliches und politisches Unrecht erblickte und in allem Ernste die Wiederherstellung des alten Zustandes verlangte; dieselbe Forderung stellte König Georg und nach seinem Tode sein Sohn, der Herzog von Cumberland; sie verwarfen den Prager Frieden und erkannten die Einverleibung Hannovers nicht an. Beide, das Haus der Welfen, wie die Welfenpartei dachten und denken nicht daran, daß der Krieg Recht schafft zwischen Staaten und daß Hannover durch die Tatsache der Eroberung an Hohenzollern und Preußen gefallen ist.

Angeichts dieser klaren Rechts- und Sachlage ist es schwer verständlich, daß eine solche Sache überhaupt Anhänger fand — noch schwerer aber, daß sie solche noch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Prager Frieden hatte.

Bismarck hatte zunächst dem Welfenhouse das in Hannover verbliebene Vermögen im Werte von 48 Millionen Mark überlassen; als König Georg in seiner staatsfeindlichen Haltung beharrte, wurde dies Vermögen beschlagnahmt, und seine Zinsen wurden „zur Bekämpfung welfischer Umtriebe“ verwendet (Welfenfonds).

Eine besondere Bedeutung erhielt die Welfenfrage durch den 1884 erfolgten Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig, des letzten Welfen in diesem Lande, auf das die hannöverschen Welfen nach Erbrecht Anspruch hatten. Da sie aber den Prager Frieden noch immer nicht anerkannt hatten, ist es klar, daß Preußen das feindliche Geschlecht nicht zum Throne zulassen konnte; diese Auffassung wurde durch einstimmigen Beschluß des Bundesrats anerkannt, und der braunschweigische Landtag wählte in der Person des Prinzen Albrecht von Preußen einen Regenten.

* * *

Als Leiter der preußischen Politik leitete Bismarck im Anfang der achtziger Jahre ein Unternehmen ein, das von größter Bedeutung wurde: die Verstaatlichung des wichtigsten Verkehrsmittels, der Eisenbahnen.

Seine von dem immer bewährten staatsmännischen Weitblick zeugende Absicht ging dahin, das Reich für sein Geldbedürfnis dadurch dauernd zu sichern, daß ihm die Hoheit und Verwaltung über alle im Reichsgebiet vorhandenen Eisenbahnen gegen Abfindung der bisherigen Eigentümer übertragen werden sollte; die aller Voraussicht nach stetig wachsenden Einnahmen dieser „Reichseisenbahnen“ sollten dann das Rückgrat der

Geldwirtschaft des Reiches abgeben. Leider scheiterte dieser große Plan an dem kurzichtigen Widerspruch der Einzelstaaten, die darin eine Beeinträchtigung ihrer Hoheitsrechte erblickten; aus Rücksicht auf sie ließ Bismarck seine Absicht fallen, da er jeden Anschein von Zwang vermeiden wollte, und beschränkte sich darauf, in Preußen durch den tatkräftigen und sachkundigen Minister Maybach die Verstaatlichung durchführen zu lassen — zum bleibenden Segen für die preußische Staatswirtschaft.

* * *

Wir haben gesehen, das Schicksal machte es dem jungen Reiche nicht leicht und legte ihm schwere Hemmungen in den Weg: da war es eine besondere Gunst, daß neben dem gewaltigen Staatsmanne nicht nur der große Schlachtenmeister Moltke seinem Volke erhalten blieb, sondern daß der zur Verkörperung der Volkseinheit gewordene Kaiser höchstes Alter erreichte und bis zu seinem Lebensende unermüdlich für die Festigung des gemeinsamen Werkes wirken konnte. Sein Dasein allein war eine Macht: der mit weltgeschichtlichen Erfolgen begnadete Greis gehörte allen deutschen Stämmen und wurde so recht der Gegenstand gesamt-deutscher Liebe und Verehrung. Stets sachlich, stets der Sache dienend und sich unterordnend, prunklos und schlicht, bescheiden und fromm, blieb er von so unerhörtem Ruhme unversucht; ein echter Herrscher, wie Bismarck mit liebevoller Bewunderung sagte: „jeder Zoll ein König“ — ein König im Sinne des alten Griech: der erste Diener seines Staates.

Mochten seine Ansichten von denen seines großen Beraters abweichen, stets gab er besseren Gründen nach, nie pochte er auf Königs-Willen oder -Weisheit. So erlebte das Volk die reine Freude, den edlen Fürsten in engster Freundschaft, in neidlosem Zusammenwirken mit Bismarck und Moltke bis ans Ende seiner Tage zu sehen — und alle, die ihr Herz nicht verhärtet hatten gegen die Hoheit solcher Erscheinung, erhoben ihre Seelen und konnten den Gedanken nicht fassen, daß solch ein Leben einmal enden müsse.

Und diesem edelsten Manne blieb im höchsten Alter tiefster Schmerz nicht erspart: die schwere Krankheit seines Sohnes, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.

Am 9. März 1888 entschlief Wilhelm der Siegreiche, fast 91 Jahre alt — betrauert von allen Guten im Volke, von keinem aber mehr, als von dem Manne, der ihn am besten gekannt, der sein Wesen am tiefsten erfaßt hatte: Otto von Bismarck.

Wilhelm II.

Todkrank kehrte Kaiser Friedrich III. aus dem Süden in die Heimat zurück, um sein hohes Amt zu übernehmen. Ein schmerzvoller

Gegenatz, höchstes Unglück so unvermittelt unerhörtem Glücke folgen zu sehen — furchtbar für den todgeweihten Mann, der der Held zweier Kriege gewesen war, und der jetzt im vollen Bewußtsein seines nahen Endes das Erbe seines Vaters antrat.

Am 15. Juni hatte der fürstliche Dolder ausgelitten, und es folgte ihm sein ältester Sohn als Kaiser Wilhelm II.

Der junge Herrscher schloß sich eng an Bismarck an und gab ihm unzweideutige Beweise seines Vertrauens, so daß es schien, als werde der bewährte Berater des Hauses Hohenzollern aus seinem Amte nur scheiden, wenn sein eigener Wunsch oder der Tod es so füge. Und es war not, daß der Kanzler im Amte blieb, denn der neunundzwanzigjährige Kaiser war den Staatsgeschäften fremd und erst infolge der schweren Krankheit seines Vaters in der letzten Regierungszeit Wilhelms I. dazu herangezogen worden; ihm fehlten — leicht begreiflich — der Überblick und die Einzelkenntnisse, und es wurde als Glück empfunden, daß er mit offener Wärme dem Kanzler begegnete. Laut pries er dessen Verdienste und sprach die Hoffnung aus, daß ihm der unentbehrliche Berater noch lange erhalten bleibe — aber der Umschwung bereitete sich vor und wurde am 20. März 1890 mit schlimmer Schärfe vollzogen: Fürst Bismarck wurde aus seinen Ämtern entlassen.

Was war geschehen? Was hatte dies für unmöglich gehaltene Ereignis herbeigeführt? War Bismarck müde geworden?

Der Atem der Welt stockte — wer Verständnis für die Wertung der Geschehnisse hatte, fühlte, daß hier etwas Weltgeschichtliches sich zugetragen hatte, und fragte sich bang, ob nicht ein weltgeschichtliches Unrecht begangen worden sei.

Man sagt, es sei kaum möglich, die Geschichte einer eben erst vergangenen Gegenwart zu schreiben, und ganz unmöglich, eine noch lebende, noch wirkende Persönlichkeit geschichtlich zu werten.

Die Zeit und die Menschen nach Kaiser Wilhelms I. Tode lehren uns das Gegenteil — wer trotzdem ein geschichtliches Urteil nicht abgeben will, dem fehlt entweder der Mut dazu oder die Fähigkeit, sich nach unbestreitbaren Geschehnissen ein Bild der handelnden Menschen, ihres Charakters, ihrer Beweggründe, ihrer Lebensauffassung zu machen. Wir brauchen nicht abzuwarten, bis die Geheimnisse der Archive enthüllt werden; denn das, was jeder miterlebt und sieht, der sehen kann und will, ist kein Geheimnis: die Tatsachen sprechen, die Menschen stehen vor uns, wir sehen ihre Handlungen und erleben die Folgen.

So haben wir das Recht — und wenn wirklich die Geschichte die beste Lehrmeisterin ist: die Pflicht, auch der Schilderung der jüngsten Vergangenheit nicht aus dem Wege zu gehen.

In ihrem Mittelpunkt stand Kaiser Wilhelm II., alles drehte sich um

ihn — wir können sonach nicht anders, wir müssen den Mann betrachten, der zum Träger der deutschen Geschichte bestimmt war.

Der Kaiser besitzt zweifellos geistige Fähigkeiten besonderer Art, die ihn auf allzu vielen Gebieten heimisch erscheinen lassen — aber es fehlt die Vertiefung, die durch wirkliche Gedankenarbeit errungene Beherrschung des Gegenstandes, und die vorhandenen Fähigkeiten, weder gezügelt durch eignes Urteil, noch durch fremdes, verführten zu oberflächlicher Betrachtung und Behandlung der Dinge.

Diese Anlage wurde durch Schmeichelei, Unterwürfigkeit, geheuchelte Bewunderung und mangelnde Wahrheitsliebe seiner Umgebung soweit gesteigert, daß der Kaiser sich auf jedem Gebiete Meister fühlte: er war Feldherr und Staatsmann, Künstler und Kunstrichter, Redner und Prediger, Techniker und Geschichtsfenner; er wollte die Einzelheiten der inneren und äußeren Politik überschauen, wie diejenigen in Heer und Flotte bestimmen.

Der Kaiser führte ein lauterer Familienleben; trotzdem geschah es, daß unlautere Menschen sein Vertrauen gewannen und seine Umgebung vergifteten. Mangel an Menschenkenntnis verschuldete dies — Mangel an Menschenkenntnis führte ihn in der Wahl seiner politischen Berater zu schweren Mißgriffen.

So sicher war der Herrscher durch die erheuchelte Bewunderung der Höflinge, durch das Ausbleiben ernststen Widerstandes seiner Berater, durch den charakterlosen Jubel der Massen gemacht, daß er sich in das Gefühl der Unfehlbarkeit hineingelegt hatte und sachlichen Widerspruch leicht als Auflehnung ansah. „Einer sei König“ hieß ihm: einer weiß alles und kann alles — also soll nur geschehen, was er will.

Bald gelang es falschen Freunden, das Verhältnis zu Bismarck zu untergraben. Die Veranlagung des Kaisers machte dies nicht schwer: sein Drang, überall wirken, überall Erfolge sehen zu wollen, selbst den Anstoß zu geben, selbst zu regieren. Es ist klar, daß Bismarck, erfüllt von echtem Pflichtgefühl und gewöhnt an die Sachlichkeit Kaiser Wilhelms I., den Anfängen der Selbstherrlichkeit des jungen Herrschers entgegentreten mußte und daß sein ruhiges Urteil die Betätigung des Unerfahrenen auf vielen, ihm ganz fremden Gebieten nicht billigen konnte. So waren die Gegensätze gegeben — und sie wurden von Zwischenträgern verschärft.

Wir können die Entwicklung nicht im einzelnen verfolgen, auch nicht die Fragen der äußeren und inneren Politik schildern, die zu Zusammenstößen führten — das Ergebnis war, daß der Kaiser sich durch Bismarck beengt fühlte, seiner überdrüssig ward.

Es ist gewiß, daß Bismarck im Bewußtsein seiner Stellung, seiner Verdienste, als erst einmal der Gegensatz sich gezeigt hatte, dem jungen Kaiser entschieden entgegentrat. Statt solchen Widerspruch sachlich zu

würdigen, ließ Wilhelm II. sich dadurch verstimmen und wurde dem Kanzler fremd. Ein Unheil für ihn und das Vaterland! Wie aber durfte ein Hohenzoller den Mann, der sein Haus zu dem glänzendsten der Erde erhoben hatte, aus solchem Anlaß aus dem Amte entfernen?

Durfte der politisch unerfahrene junge Herrscher sich dem Greise von Welterfahrung und Weisheit an Urtheil überlegen glauben?

Durfte der Enkel, der sich immer als Verehrer seines Großvaters gab, den treuesten Diener Wilhelms I. verbannen?

Drei Fragen sittlicher und politischer Bedeutung — jeder Aufrichtige mußte sie verneinen, als Bismarck ungnädig entlassen wurde; die Geschichte hat sie verneint und sie hat die Voraussicht jener bestätigt, daß diese Handlung des jungen Hohenzollern zum Verhängnis des deutschen Volkes werde.

Damals — nach dem 20. März 1890 — beruhigte sich die deutsche Öffentlichkeit bald mit dem Troste, ein starker Wille habe einem stärkeren weichen müssen; ja, als der Kaiser versicherte, der Kurs bleibe der alte, kehrte bald das Vertrauen wieder; die Gegner Bismarcks waren von einem Alp befreit — und das politisch ungeschulte deutsche Volk ergab sich in die Tatsachen.

Nur ein enger Kreis, der die Bedeutung der Trennung des Kaisers vom Kanzler richtig erfaßte: daß es sich nicht um die Personen handele, sondern um die Art zu regieren; die ahnten, daß eine Zeit unpolitischen, persönlichen Regiments kommen werde, und die sich um Bismarck scharten, nicht allein weil sie ihn liebten, weil sie ihm die Treue nicht brechen wollten — sondern weil er der Träger einer rein-sachlichen deutschen Politik war, während nun eine unsachlich-persönliche Politik eingeleitet wurde.

Wir haben üble Zeichen der politischen Unreife unseres Volkes kennen gelernt — das ärgste war, daß es sich in die Entlassung Bismarcks mit Gleichmut schickte und daß die Volksvertretung schwieg. Die hohe Beamten-schaft, der Reichstag, die Presse, die dem Kaiser zujubelnden Volksmassen — sie alle taten, als sei Selbstverständliches geschehen und wurden mit schuld, daß eine Zeit des Rückgangs anbrach. Dem Willen des Kaisers gegenüber verstummte jeder Widerspruch, als wäre dem deutschen Volke als Gesamtheit und den Einzelnen der Charakter gebrochen worden. Der Kaiser hörte und sah nur Zustimmung und wurde immer mehr hineingetrieben in das Bewußtsein seiner Unfehlbarkeit; schlimm haben seine verantwortlichen Berater an ihm gefehlt, schlimm die Presse, schlimm die Volksvertreter — alle aber haben schwer am deutschen Volke gesündigt und durch ihr Verhalten dazu beigetragen, daß das Verhängnis seinen Lauf nahm und fortsetzte.

Nur einer stand aufrecht von den Hochgestellten im Volke, er

außer Amt, Bismarck selbst, und mit ihm ließ die kleine Schar seiner Getreuen die warnende Stimme ertönen.

Im Sachsenwalde zu Friedrichsruh saß der Gebannte und verfolgte mit Sorge, was der Kaiser tat oder in kaiserlichem Auftrage General von Caprivi, der neue Reichskanzler; sobald er erkannte, daß die Maßnahmen des neuen Kurses das Reich gefährden mußten, warnte er — er mußte es öffentlich durch die Hamburger Nachrichten tun, weil ihn keiner der neuen Männer um Rat fragte, keiner ihn hören wollte. Die Mahnungen des Großen aus seinem Schatze politischer Weisheit hatten die Folge, daß er ohne Scheu in Acht und Bann getan wurde; der Hof verschmähte nicht, unedle Mittel gegen ihn anzuwenden — alles, was Wert legte auf die Gunst des Kaisers und der Regierung, mied ihn, wie einen Geächteten.

Aber dies Treiben trug sein Gegenmittel in sich: es weckte den gesunden Sinn in weitesten Volkskreisen, zuerst im lebhafteren Süden des Reiches, dann auch im Norden und Osten. Und nun geschah etwas Erhebendes: in Scharen wallten die Getreuen zu dem Gründer des Reiches, und ein Sturm der lautersten Begeisterung brauste ihm entgegen, wo er sich zeigte. Er durfte stolz das Haupt recken — denn er wußte es, daß alles ihm galt, dem Manne, dem Menschen. In wunderbaren Reden sprach er zu seinem Volke, voll Weisheit und Würde, voll Sorge und doch voll Vertrauen; in Kissingen und Jena, in Friedrichsruh, München und Dresden, wo immer es war, erschien er als getreuer Eckart des deutschen Volkes und wuchs über sich selbst hinaus zu der unerreichbaren sittlichen Höhe des wahrhaftigen und furchtlosen Verteidigers seines Heldenwertes.

Wer ihn sah in jenen Tagen, mit dem mächtigen Haupte, dem flammenden Blick, im schlichten schwarzen Rocke, den Schlapphut in der Hand, der mußte das unvergeßliche Gefühl haben, daß hier ein Mensch zum lebendigen Denkmal seiner eigenen Größe geworden war.

Von den Warnungen Bismarcks verstanden die Regierungen so wenig, wie von dem Jubel seiner Getreuen: er galt ihnen als unzufriedener Ehrsuchtiger, der wieder ins Amt wollte — jene schienen urteilslose, von falschem Gefühl Mißleitete.

Mehrfach freilich machte der Kaiser den Versuch, sich Bismarck wieder zu nähern — aber nach der schroffen Entlassung des Großen war ein innerlicher Ausgleich für alle Zeit unmöglich.

Am 30. Juli 1898 schloß Bismarck die Augen für immer, von allen bewußten Deutschen betrauert wie ein Vater; nach seinem Willen fand er seine Ruhe unter den Eichen des Sachsenwaldes. Bezeichnend für das Wesen dieses Einzigen die Worte, die er für sein Grabmal vorschrieb; schlicht nannte er sich einen „treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I.“

Seinem Volke hinterließ er als wertvolles Vermächtnis seine „Gedanken und Erinnerungen“, ein Buch von unvergänglichem Werte.

Bismarcks erste Nachfolger im Kanzleramt.

Die notwendige Folge der Entlassung Bismarcks, wie der Kaiser sie meinte und wollte, war, daß nicht nur seine staatsmännische Weisheit ungenutzt blieb, sondern auch, daß das gewaltige Gewicht seiner Persönlichkeit im Auslande zum Nachteil der deutschen Politik außer Betracht kam.

Nun mochte der Kaiser zeigen, was er konnte, nun seine politischen Gehilfen, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen. Wir nennen von ihnen an dieser Stelle zunächst nur die drei folgenden Reichskanzler, die berufen waren, mit ihrem Namen die kaiserliche Politik verantwortlich zu decken: denn die Politik machte nach Bismarcks Ausscheiden in den ersten zwei Jahrzehnten der Kaiser, womit gesagt ist, daß sie in Wirklichkeit von den Unverantwortlichen seiner Umgebung gemacht wurde, die gerade Einfluß auf ihn hatten.

Der erste Nachfolger des Großen war Leo von Caprivi, ein hervorragender Soldat, aber als Politiker ohne hinreichende Vorbereitung und Vorbildung; in den Fragen der inneren Politik ohne eigenes Urteil, in denen der äußeren harmlos und hilflos. Als General übernahm er das schwere Amt auf Befehl seines obersten Kriegsherrn, widerwillig und im Bewußtsein der politischen Unzulänglichkeit — ein Mann von ursprünglich vornehmer Gesinnung, der offen seine Meinung auch dem Herrscher gegenüber vertrat, doch aber die eigene Überzeugung dem kaiserlichen Willen unterordnete, weil er sich als Soldat dem Kriegsherrn zum Gehorsam verpflichtet fühlte — ein grundsätzlicher Irrtum, da das Kanzleramt ein politisches und kein militärisches ist und seinem Inhaber eine besondere politische Verantwortlichkeit auferlegt. Diese Verantwortlichkeit hat Caprivi nicht erkannt, und darum ist er seinem Amte vieles schuldig geblieben. An der unedlen Behandlung seines großen Vorgängers war er beteiligt — eine Tatsache, die einen häßlichen Flecken auf ihn wirft, und nicht damit entschuldigt werden kann, daß Bismarcks öffentlicher Tadel den Nachfolger habe reizen müssen. Was Bismarck sagte oder schrieb, entsprang der Sorge um das Reich — Caprivi deutete es kleinlich und eifersüchtig als persönlichen Angriff und verlor darüber seinen Ruf der Ritterlichkeit.

Am 29. Oktober 1894 wurde Caprivi in Ungnaden entlassen — eine traurige Erscheinung der Mann, der seinem Kaiser seinen Namen vor der Geschichte zum Opfer gebracht hat, und der nun ohne Dank in die Vergessenheit gestoßen wurde.

Am selben Tage wurde Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler ernannt, ein müder Greis von 75 Jahren, ohne eigenen Willen, ohne eigene Ziele. Einst ein Vorkämpfer des nationalen Gedankens in seiner bayrischen Heimat, dann unter Bismarck ein brauchbarer Botschafter in Paris, hatte er schon als Statthalter der Reichs-

lande, wo er des unseligen Manteuffel Nachfolger war, Festigkeit vermissen lassen und war ohne größeren Erfolg geblieben; von da wurde er an die leitende Stelle nach Berlin berufen. Wie er seine Amtsführung einschätzte, ergibt sich aus seinem Worte: „man wird mir ein Denkmal setzen für das, was ich verhindert habe“. Auch hier ein Verkennen der wesentlichen Aufgabe des Reichskanzlers. Und dabei: wie viel hat er nicht verhindern können!

Unter Hohenlohes schlaffer Geschäftsführung konnte die Einbuße, die das Kanzleramt durch Caprivi erlitten, nicht wieder wettgemacht werden; am 18. Oktober 1900 verließ er seine Stelle, in die der Bevorzugte des Kaisers, der bisherige Staatssekretär Bernhard von Bülow berufen wurde.

Eines gelang dem im besten Mannesalter Stehenden schnell: sich eine persönliche Stellung, persönliches Ansehen zu verschaffen, sowohl dem Kaiser gegenüber, wie bei der Volksvertretung. Ein Mann von nicht tiefer, aber zur Verwendung bereiter Bildung, welterfahren und klug, sicher und gewandt, eigensüchtig und kalt — ein Redner von Vollendung — zweifellos dem Kaiser und seiner Umgebung, den Bundesfürsten und ihren Beratern der Mehrzahl der hohen Beamten geistig ebenso sehr überlegen, wie den Volksvertretern. Dies geistige Übergewicht konnte aber nicht nutzbar gemacht werden zu dauernder Wirkung im Dienste des Reiches und für das Reich, weil es dem Kanzler an Erkenntnis und Zielen fehlte. Er wagte kein Wort ernststen Widerspruchs gegen den Kaiser, sondern spielerisch wohlredend suchte er ihn von Gefährlichem abzubringen; aus demselben Grunde verstand er sich dazu, schädliche Handlungen, die er nicht verhindern konnte, harmlos umzudeuten und einzurenken.

Ein bedeutendes diplomatisches Talent — kein Staatsmann im Dienste des Volkes; ein Mann von Geist — aber ohne tieferes Verantwortlichkeitsgefühl; — ein Meister im ministeriellen und parlamentarischen Ränkespiel — kein Meister der großen Fragen der Zeit; alles in allem, kein berufener Vertrauensmann eines großen Volkes. —

Am 14. Juli 1909 schied er aus dem Amte und hinterließ seinem Nachfolger eine schlimme Erbschaft.

Der neue Kurs.

Wir haben den Personen, die das Reich lenken sollten, mehr Raum geschenkt, als die Anlage dieses Buches an sich erlaubt, weil ihr Tun und Unterlassen von schicksalsschwerer Bedeutung ist und weil das Geschick des gesamten deutschen Volkes abhängt von dem des Reiches.

Nun wollen wir in gedrängter Kürze feststellen, welche Erfolge die neuen Männer zu verzeichnen haben. Jede politische Arbeit verlangt Ruhe, Stetigkeit, Zielbewußtsein und Sachkenntnis — das ist so selbstverständlich, daß es auszusprechen unnötig scheint. Die auswärtige Politik

hat aber diese Eigenschaften erst recht zur Voraussetzung. Der neue Kurs trieb seine Politik ohne sie und erreichte in kurzer Zeit, daß das Reich aus seiner entscheidenden Machtstellung verdrängt wurde, obwohl seine Machtmittel zugenommen hatten.

Caprivi erneuerte den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht und trieb es dadurch und durch seine polenfreundliche Politik in die Arme Frankreichs, das auf diese Weise aus der Vereinsamung erlöst wurde: es entstand der Zweibund, der das Reich von Westen und Osten umklammern konnte.

Als in Südafrika der Engländer Jameson anfangs Januar 1896 einen verbrecherischen Einfall in das Gebiet der Transvaalrepublik wagte, zog der Kaiser durch eine Drahtung an deren Präsidenten Krüger den Haß der Engländer auf sich und das Reich. Die Stimmung der Engländer war schon längst gegen alles Deutsche höchst unfreundlich, weil der geschäftliche Wettbewerb und der in Aussicht stehende Bau der deutschen Flotte ihnen als wirtschaftliche und politische Gefahr erschien; nun brach wegen dieser Kundgebung ein förmlicher Sturm der Wut gegen die Person des Kaisers los. Dieser wurde davon überrascht und begann alsbald einzulenken, indem er den Wunsch zu erkennen gab, England wieder zu versöhnen. Seit jener Zeit — der zweiten Hälfte der neunziger Jahre — sind die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und England nicht mehr zur Ruhe gekommen; sie beherrschen unsere gesamte äußere Politik. Alles Entgegenkommen des Kaisers, alle Nachgiebigkeit der Regierung, alle Versöhnungsversuche amtlicher und nichtamtlicher Kreise waren vergebens: die Engländer sahen in uns ihren eigentlichen Feind. Sie verstanden es meisterhaft, die Fehler der deutschen Politik auszunutzen, und fanden in König Eduard VII. einen kaltblütigen, geschäftsflugen und verschlagenen Lenker ihrer auswärtigen Politik; er war der Urheber einer bundesähnlichen Freundschaft zwischen England und Frankreich, und er brachte dies fertig, obwohl die englische Politik Frankreich noch im Jahre 1898 in seinen kolonialen Bestrebungen am Nil gedemütigt hatte. Die gemeinsame Gegnerschaft wider das Deutsche Reich führte diese beiden alten Feinde zusammen. Des weiteren gelang es den englischen Staatsmännern, sich mit Rußland über die asiatischen Gegensätze gütlich zu einigen, nachdem sie Japan auf das Zarenreich geheßt und ihm durch diese junge emporstrebende Macht eine schwere Niederlage hatten bereiten lassen (1904—1905). Des weiteren schlossen sie trotz der Rassengegensätze ein Bündnis mit Japan, das gegebenenfalls ebenso gegen Frankreich oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie gegen Rußland verwendet werden kann.

England wurde zum Herrn der Weltlage, konnte es werden durch die Fehler der deutschen Politik — konnte es werden trotz der ständig wachsenden Schwierigkeit seiner eigenen Lage und ohne daß seine Lenker große Staatsmänner gewesen wären; das

politische Mittelmaß seiner Diplomaten genügte, um die ziellose und schwankende Politik des Reiches schachmatt zu setzen.

Als die gänzlich verfehlte deutsche Marokko-Politik Anfang 1906 zur sog. Konferenz von Algieras führte, stand das Reich allein, verlassen von seinem Bundesgenossen Italien, nur lau unterstützt von Österreich. Seit dem Beginne dieses Jahrhunderts war es klar geworden, daß Frankreich darauf hinarbeite, Marokko zu gewinnen; es hatte dahingehende Abmachungen mit den Mittelmeermächten England, Italien und Spanien getroffen, bei denen vorausgesetzt wurde, daß dies reiche und entwicklungsfähige Land infolge der Mißwirtschaft seiner Herrscher und wegen der fortgesetzten Unruhen als selbständiger Staat nicht weiterhin bestehen könne. Obwohl bedeutende deutsche wirtschaftliche Anlagen in Marokko vorhanden waren und erwartet werden konnte, daß sie sich mit größtem Nutzen ausbauen lassen würden, und obwohl deutsche Gelehrte hervorragend an der Durchforschung des Gebietes beteiligt waren, kümmerte die deutsche Regierung sich nicht um die politische Zukunft des Landes. Im April 1904 wurde das englisch-französische Abkommen bekannt, durch das England gegen Anerkennung seiner Herrschaft in Ägypten den Franzosen freie Hand in Marokko gewährte; die öffentliche Meinung im Deutschen Reich verlangte von der Regierung, daß sie eingreife und für unser Vaterland einen Teil von Marokko gewinne. Der Reichstanzler wandte sich dagegen und erklärte, wir hätten in Marokko „keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen“. Nicht ganz ein Jahr später, am 31. März 1905 betrat Kaiser Wilhelm den marokkanischen Boden und erklärte in Tanger vor den Abgesandten des Scherifen, daß er diesen als unabhängigen Herrscher besuche in der Hoffnung, unter ihm werde ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerb aller Völker offenstehen. Es war klar, die deutsche Politik hatte ihre Haltung in der marokkanischen Frage geändert; dies war schon vorher aus dem Auftreten des deutschen Gesandten in Fez hervorgegangen und wurde jetzt durch den Kaiserbesuch in Tanger unterstrichen. Das Deutsche Reich erkannte die englisch-französischen Abmachungen über Marokko, von denen es amtlich nicht verständig worden war, nicht an und behandelte das Reich des Scherifen als selbständigen unabhängigen Staat. Welches aber war das Ziel dieser deutschen Politik? Sie erklärte ausdrücklich, keinerlei Landerwerb anzustreben, sondern beschränkte sich auf die Forderung. „der offenen Tür“ d. h. des gleichen Rechtes deutscher Kaufleute, Unternehmer und Banken mit denjenigen französischer Staatsangehörigkeit. Eine Folge der veränderten deutschen Haltung war, daß der Scherif den französischen Bestrebungen Widerstand leistete, wofür man in Frankreich die deutsche Regierung verantwortlich machte; eine andere wichtigere, daß zwischen beiden Mächten eine durch Monate dauernde Spannung entstand, die

die Gefahr eines Krieges sehr nahe rückte. Obwohl die deutsche Regierung zunächst erklärt hatte, daß sie wegen Marokkos mit Frankreich gar nichts zu tun habe, sondern allein mit dem unabhängigen Scherifen verhandeln werde, trat sie im Laufe des Frühjahr und Sommers 1905 in Unterhandlungen mit Frankreich ein und verlangte die Berufung einer „Konferenz“, die über die Ordnung der marokkanischen Verhältnisse befinden sollte. Frankreich weigerte sich zunächst, darauf einzugehen, und schien im Vertrauen auf die bestimmt zugesagte englische Hilfe es auf einen Krieg ankommen lassen zu wollen. Schließlich gab der Ministerrat nach und ließ den kampfbereiten Minister des Äußern Delcassé fallen; man gestand zu, daß eine „Konferenz“ berufen werden sollte. Diese trat Mitte Januar 1906 in Algier an der Südküste Spaniens zusammen und tagte bis Ende März. Ihr Ergebnis war für das Deutsche Reich, das, wie erwähnt, ganz vereinsamt war, sehr kümmerlich; es erreichte nichts als die Anerkennung der „offenen Tür“, der Selbstherrlichkeit des Scherifen und der Unversehrtheit seines Gebietes; die verabredeten Maßregeln für die Ordnung der inneren Verhältnisse des Landes machten es deutlich, daß Frankreichs Ansprüche auf eine politische Vorzugsstellung anerkannt wurden. Um dies wenige zu erreichen, hatte der Reichskanzler, der nach Delcassés Sturz zum Fürsten ernannt worden war, unser Volk unmittelbar vor einen Krieg mit Frankreich geführt. Und dies alles, obgleich Frankreich sowohl im Jahre 1903, wie 1905, zu unmittelbaren Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche bereit gewesen war, bei denen es die Abtretung eines Teiles von Marokko an uns ins Auge gefaßt hatte. Solcher Landerwerb war von völkischen Politikern im Reiche gerade in Marokko gefordert worden, weil dies Land in seinem westlichen Teile, der an den Atlantischen Ozean stößt, sehr erzeich und fruchtbar ist, sich für den Anbau von Baumwolle vorzüglich eignet und vor allem auch als Siedlungsgebiet für deutsche Massen-Besiedlung in Aussicht genommen werden konnte, falls eine stärkere Auswanderung der reichsdeutschen Bevölkerung aus irgend welchen Ursachen wieder einsetzen würde.

Die widerspruchsvolle und ziellose deutsche Marokko-Politik, die üble Rolle, die das Reich in Algier spielte, und der flägliche Ausgang der „Konferenz“, schädigte das deutsche Ansehen schwer und ermutigte Frankreich zur unverhüllten Verfolgung seiner Absicht, die Schutzherrschaft über Marokko aufzurichten. Die nächsten Jahre brachten eine Reihe französischer Maßnahmen, die gegen die Abmachungen der „Konferenz“, die sog. Algier-Akte, verstießen; die deutsche Regierung unternahm nichts dagegen, ja in einem neuen Vertrage vom 9. Februar 1909 erkannte sie die „besonderen Interessen“ Frankreichs in Marokko an und verzichtete damit recht eigentlich auf eine selbständige Politik an diesem wichtigen Teile des Erdballs. Sie tat noch mehr: als kühne und weitblickende deutsche Unter-

nehmer sich wichtige Rechte in Marokko gesichert hatten, die für die deutsche Volkswirtschaft sehr bedeutsam werden konnten, ließ sie diese Landsleute nicht nur im Stiche, sondern arbeitete ihnen geradezu entgegen.

* *

Das unbefriedigende Ergebnis der deutschen Marokko-Politik und die allgemeine Erfolglosigkeit der deutschen Staatsleitung hatte dem Ansehen des Fürsten Bülow auf dem Gebiete, auf dem er Meister sein wollte, einen schweren Stoß versetzt. In der ersten Hälfte des Jahres 1908 hatte die „Einfreisungs-Politik“ König Eduards ihren Höhepunkt erreicht: England, Rußland und Frankreich waren zum „Dreiverband“ geeinigt und standen dem Deutschen Reiche geschlossen gegenüber; Italien hatte sich diesen Mächten sehr genähert und in Algeciras seine Unzuverlässigkeit bewiesen; Österreich blieb die letzte Hoffnung der Reichsleitung, war aber von seinen inneren Wirren ganz in Anspruch genommen. Der Tiefstand der politischen Geltung des Deutschen Reiches war da — verschuldet von der Willen- und Tatenlosigkeit der deutschen Staatsleitung.

Da erfolgte ein jäher Umschwung, der Fürst Bülow zu neuem Ansehen verhalf. Im Juli 1908 war es in der Türkei zu einer Staatsumwälzung gekommen, und es war dort eine Verfassung eingeführt worden. Infolge davon sah Österreich-Ungarn sich veranlaßt, die seit 1878 von ihm verwalteten, dem Namen nach noch türkischen Gebiete Bosnien und der Herzegowina endgültig dem Kaiserstaate einzuverleiben. In dem benachbarten Serbien brach nun ein Sturm der Entrüstung los; die Bevölkerung verlangte den Krieg gegen die Donau-Monarchie, und die serbische Regierung setzte das Heer auf Kriegsfuß. Es war klar, daß hinter Serbien die Mächte des Dreiverbandes standen, daß vor allem Rußland dem kleinen Staate seine Hilfe zugesichert haben mußte. Auch Österreich-Ungarn machte sich kriegsbereit, und Monate hindurch, bis Ende März 1909, konnte jeder Tag den offenen Kampf bringen; es stand zu erwarten, daß dieser sich nicht auf Serbien und Österreich-Ungarn beschränken werde, sondern daß die große allgemeine kriegerische Auseinandersetzung unter den sich gegenüberstehenden europäischen Mächtegruppen daraus entstehen werde. In dieser Lage faßte die deutsche Politik einen Entschluß; offen und unzweideutig und zu jeder Folge bereit stellte sie sich auf Österreichs Seite. In demselben Augenblick waren die Pläne des Dreiverbandes zerschanden geworden, das Netz der Einfreisung zerrissen: sowie England, Frankreich und vor allem Rußland das Deutsche Reich an der Seite der Donau-Monarchie erblickten und an den Ernst der deutschen Politik glaubten, schwenkten sie ein und veranlaßten Serbien zur Nachgiebigkeit.

Ohne Zweifel, die deutsche Politik hatte einen großen Erfolg errungen; unsere Gegner kannten die Macht des Reiches und waren sich

klar, daß ihre eigenen Rüstungen zu sicherer Niederkämpfung der beiden Mittelmächte noch nicht ausreichten; sie wichen daher jetzt dem Kriege aus. Mit einem Schlage war das deutsche Ansehen wieder hergestellt, und Fürst Bülow genoß den Ruhm, den europäischen Frieden erhalten zu haben. Es sei hier ausgesprochen, daß diese Politik durchaus gebilligt wird — nicht minder aber, daß eine andere bei der damaligen Lage des Reiches einfach unmöglich war.

* * *

Die deutsche Kolonialpolitik nach Bismarcks Entlassung begann damit, daß Caprivi das deutsche Schutzgebiet Witu und die deutschen Ansprüche auf Uganda und Sansibar gegen die kleine Insel Helgoland an England abtrat.

In den Kolonien bildete sich ein unerquidliches „Assessoren-Regiment“ aus, das schlimme sittliche Schäden aufwies. Die Eingeborenen wurden falsch behandelt; es kam wiederholt zu schweren Aufständen, die teures Blut und unendliches Geld kosteten. Dies war besonders in der langwierigen Eingeborenenenerhebung in Deutsch-Südwestafrika der Fall (1904—1906). Gerade diese wertvolle Kolonie wurde nicht zur rechten Zeit militärisch und wirtschaftlich erschlossen, weil man aus Scheu vor der ablehnenden Haltung des Reichstags am falschen Orte sparte — die Folge waren unverhältnismäßig große Opfer für die Niederwerfung des Aufstandes.

War es gelungen, tüchtige Männer draußen als Statthalter zu haben, so wurden sie nicht lange ertragen und mußten weichen, ehe sie Dauerndes leisten konnten. Eine Wendung zum Bessern trat erst ein, als Ende 1906 die Ablehnung einer kolonialen Forderung zur Auflösung des Reichstags führte; in dem nun folgenden Wahlkampfe stand die Kolonialpolitik im Vordergrund, und das Volk wurde endlich in umfassender Weise über die Bedeutung und den Wert unseres überseeischen Besitzes aufgeklärt. Seitdem war die koloniale Verwaltung nicht mehr das Stiefkind des Reiches; dies kam auch darin zum Ausdruck, daß ein Reichskolonialamt geschaffen wurde.

Der deutsche Kolonialbesitz wurde durch den Erwerb der Marianen, Karolinen und Palau-Inseln in der Südsee vermehrt, die das Reich von Spanien nach dessen unglücklichem Kriege mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1899 um den Preis von 15 Millionen Mark kaufte, und durch die Pachtung des Gebietes von Kiautschau, das China im Jahre 1897 nach seiner gegen Japan erlittenen Niederlage abtrat. Beide Erwerbungen hatten das Glück, sofort in gute Verwaltung zu kommen; besonders Kiautschau entwickelte sich in der Hand des Reichsmarineamts, dem das Pachtgebiet wegen seiner Bedeutung als Flottenstützpunkt unterstellt wurde, zu einer wahren Musterkolonie und gelangte rasch zu ungeahnter Blüte; hier hat die deutsche Verwaltung Außerordentliches geleistet.

An dieser Stelle muß auch der Feldzug in China Erwähnung finden, der durch die Ermordung des deutschen Gesandten von Ketteler (1900) verursacht war; er kostete uns schwere Opfer, brachte aber keinen dauernden Gewinn; dagegen bot er dem Heere und der Flotte Gelegenheit, sich zu bewähren.

* * *

Die innere Politik des neuen Kurses unterlag denselben Schwankungen, wie die äußere; auch sie entbehrte der Stetigkeit und des zielbewußten Willens und führte schließlich zu einer Minderung des Ansehens der Reichsgewalt.

Die Polenfrage wurde im schroffsten Gegensatze zu Bismarcks Auffassung durch Entgegenkommen zu lösen versucht, und ein polnischer Unversöhnlicher gelangte in der Person Stabilewskis auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen-Gnesen; polnische Adelige fanden vertrauten Zutritt zum Kaiser. Und das Ergebnis: eine Steigerung der polnischen Anmaßungen, eine Neubelebung ihrer Hoffnungen, eine Verschärfung der Gegensätze zum Deutschtum. Dazu kam, daß die polnische Bewegung nach Oberschlesien übergriff und die dortigen Polen zur Auflehnung gegen den Staat brachte. Die Führer des auffälligen preußischen Polentums trieben ihre Politik im steten Einverständnis mit denen Galiziens und Russisch-Polens. Wenn der preußische Staat sich nicht aufgeben wollte, durfte er dem unbedacht geweckten Treiben nicht weiter die Zügel schießen lassen; es mußten strenge Maßregeln zur Eindämmung der polnischen Bestrebungen getroffen werden, die wiederum im schärfsten Gegensatze zu der kaiserlichen Politik der Versöhnung standen.

Kein Wunder, daß die polnische Feindschaft gegen den preußischen Staat und das Deutschtum dadurch nur vertieft wurde.

Als man Gegenmaßregeln ergriff, geschah es nur mit mangelnder Entschlossenheit, und nur auf wirtschaftlichem Gebiete; erst die unaufhaltsamen Fortschritte der polnischen Bewegung, besonders das fortgesetzte Anwachsen des polnischen Grundbesizes, zwangen die preußische Regierung unter dem Drucke einer von völkischen Vereinen beeinflussten öffentlichen Meinung anfangs 1908 dazu, durch Beschränkungen im Erwerb von Grund und Boden einen wichtigen Schritt in der Abwehr zu tun. Das so geschaffene Enteignungsgesetz blieb aber ganz wirkungslos, da man sich nicht entschloß, es den Polen gegenüber ernsthaft anzuwenden. Deshalb ist der polnische Anteil am Grundbesitze stetig gewachsen.

* * *

Versöhnung war auch das Schlagwort, das den Dänen in Nordschleswig zugerufen wurde; mit demselben Erfolg wie bei den Polen. Und als die Lage unhaltbar geworden war, mußte der Oberpräsident

von Köller mit doppelter Strenge Ordnung stiften; kaum war die Ruhe hergestellt, so wurde wieder Milde gezeigt, und man ließ das unveröhnliche Dänentum dem Staate Preußen und den Deutschen seine offene Feindschaft zeigen.

In Elsaß-Lothringen vermieden die Nachfolger des Feldmarschalls Manteuffel, die Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst und Hermann von Hohenlohe-Langenburg als Statthalter zwar die Fehler ihres Vorgängers, aber es gelang ihnen doch nicht, die deutsche Sache recht vorwärts zu bringen. Kein Zweifel, die Bevölkerung wandte sich langsam, aber je länger je mehr, innerlich von Frankreich ab, wozu die günstige wirtschaftliche Lage des Landes, der mächtige Aufschwung und die Fortschritte auf den mannigfaltigsten Gebieten, die der Anschluß ans Reich gebracht hatte, das ihre beitrugen. Aber die Abkehr von den Franzosen bedeutete nicht das Aufgehen im Deutschtum; es entstand vielmehr unter dem Schlagwort „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern“ eine Bewegung, die sich hochmütig ablehnend zeigte gegen die Altdeutschen, die sich besser dünkte als sie und den unhaltbaren Begriff eines besonderen elsäß-lothringischen Volkstums aufstellte. Es hätte die Regierung bedenklich machen müssen, daß trotz der Abkehr von Frankreich die Zahl der französisch Redenden zugenommen hatte — ein Beweis dafür, daß die Sprache als Mittel der äußeren Scheidung dem Reichs-Deutschtum gegenüber bewußt verwandt wurde. Aber die Regierung stützte sich trotz der schlimmen Erfahrungen des Feldmarschalls von Manteuffel weiterhin auf die sog. „Notabeln“, die kleine Oberschicht des Bürgertums, die durch Besitz und Stellung Einfluß hatte, die aber nach Erziehung und Gesinnung französisch, jedenfalls nicht deutschfreundlich war. Sie erwies diesen mindestens unzuverlässigen Leuten ihre Gunst und behandelte sie mit unverständlicher Nachsicht; dadurch stärkte sie deren Einfluß nach unten und verhalf einem an sich gefährlichen Gegner zu weiterer Macht.

Diese Verhältnisse beweisen, daß eine wirkliche Annäherung ans Reich sich nicht vollzogen hat, und es bleibt besonders bedauerlich, daß ein Mann, wie Matthias von Köller, der in Nordschleswig den dänischen Übermut zu bändigen verstand, im Reichslande als Staatssekretär völlig versagte: er ließ den Ansprüchen der Notabeln und der katholischen Geistlichkeit freien Spielraum.

Erfreulich war, daß sich aus dem alt-elsässischen Deutschtum selbst Widerstand gegen die Französelei und die Sonderbestrebungen erhob; tüchtige Männer aus diesen Kreisen haben den Kampf gegen die Verwelschung ihrer Heimat aufgenommen. Die Regierung zeigte aber kein Verständnis für die Lage — es wäre längst ihre Aufgabe gewesen, die Fühlung mit den sich ehrlich und offen zum Deutschtum bekennenden Kreisen der eingeseßenen Bevölkerung zu suchen und in Zusammenarbeit

mit ihnen die politische Form zu schaffen, in der das Land dem deutschen Volke innerlich wiedergewonnen und wirklich deutsch verwaltet werden konnte. Dies Notwendige und sehr wohl Mögliche geschah auch dann nicht, als diese reichsländischen Deutschbewußten von sich aus den Widerstand gegen die welschgesinnte Oberschicht aufnahmen — die nächste Entwicklung führte vielmehr zu einer weiteren Stärkung der verschiedenen im Reichslande vorhandenen reichs- und deutschfeindlichen Strömungen.

* * *

Die Absicht zu versöhnen, leitete auch die Politik in der Welfenfrage. Caprivi gab bald nach seinem Amtsantritte den „Welfenfonds“ frei; es ist gewiß, daß sich bei der Verwendung der Einkünfte dieses Vermögens manche Unzuträglichkeit gezeigt hat — aber trotzdem darf man die Frage aufwerfen, ob die bedingungslose Auslieferung dieses großen Gutes an das Welfenhaus im Vorteile des Reiches und Preußens lag.

Jedenfalls hat dieses Entgegenkommen die Haltung weder der Welfen, noch ihrer Anhänger irgendwie geändert; die welfische Partei, die den Erwerb Hannovers durch die Hohenzollern und die Zugehörigkeit des Landes zu Preußen nicht anerkannte, blieb bestehen und mit ihr die den Landesverrat predigende welfische Presse.

In Braunschweig erhielten die welfischen Bestrebungen durch den im Jahre 1906 erfolgten Tod des Verwesers Prinzen Albrecht neue Nahrung; wieder entstand die Frage, ob eine endgültige oder vorläufige Regelung durchgeführt werden solle — und wieder entschied sich der Landtag für letztere. Zum Regenten wurde ein Verwandter der Welfen Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg gewählt, dessen Tätigkeit von dem Bestreben geleitet war, einen Ausgleich zwischen den Hohenzollern und den Welfen herbeizuführen und dem welfischen Hause das Herzogtum Braunschweig zu sichern.

* * *

Die staatsmännische Tätigkeit des vierten Reichskanzlers ist, wie sich aus ihrer Schilderung ergibt, alles andere als ersprießlich gewesen; sie wurde geradezu reichsschädlich, als Fürst Bülow seinen kaiserlichen Herrn im Stiche ließ, da dieser in den schwersten Zwiespalt mit seinem Volke geriet, den seine Regierung aufzuweisen hat.

Ende Oktober des Jahres 1908 veröffentlichte eine englische Zeitung eine vom Kaiser genehmigte Darlegung, die seine persönlichen Beziehungen zu England und sein Verhalten den Buren gegenüber schilderte; dabei war auch die England ungünstige Haltung der öffentlichen Meinung im Deutschen Reich während des Burenkriegs erörtert und von dem Kaiser ungerecht und sachlich unrichtig beurteilt worden. Diese Veröffentlichung

erregte in der ganzen Welt ein ungeheures Aufsehen, im Deutschen Reiche aber brach ein Sturm des Unwillens los, der sich in der Presse und im deutschen Reichstage in schärfsten Ausdrücken entlud. Ein Doppeltes sprang in die Augen: wie unzulänglich die Kräfte des Auswärtigen Amtes sein mußten, dessen unerhörte Nachlässigkeit die Veröffentlichung der kaiserlichen Äußerung möglich gemacht hatte — dann aber das Schlimmere: wie weit der Kaiser sich von seinem Volke entfernt hatte, wie unklar sein Urteil über die Vorgänge in seinem Volke war, und wie gefährlich sein persönliches Eingreifen in die Politik werden konnte. Was seit Bismarcks Entlassung die treuesten Anhänger des Kaisertums erkannt, wovor sie ungehört lange Jahre hindurch gewarnt hatten, daß das persönliche Hervortreten des Herrschers auf allen Gebieten der Reichspolitik für die sachliche Führung der Geschäfte schädlich sei und das Ansehen der Krone untergrabe — dies wurde auf einen Schlag von der Volksgesamtheit anerkannt, und der allgemeine Unwille wandte sich gegen den Kaiser, gegen ihn allein, indem man die Pflichtwidrigkeit des Auswärtigen Amtes bald vergaß. Dies war ungerecht und unedel. Gewiß hatte der Kaiser einen schweren Fehler begangen — aber hatte er nicht vorher schon Vieles getan, was schädlich gewesen und trotzdem von der öffentlichen Meinung ohne nachhaltigen Widerstand hingenommen worden war? Jetzt vergaßen die Volksvertreter und die Wortführer der öffentlichen Meinung in der Presse ganz, daß der Reichstag durch sein Verhalten während zweier Jahrzehnte, daß der Großteil der Presse durch die unwürdige Verherrlichung der kaiserlichen Person den Zustand mitverschuldet hatten, und daß diese Entwicklung unmöglich gewesen wäre, wenn der Reichskanzler und die andern Berater der Krone ihre Pflicht getan hätten. Einer aber vergaß dies am meisten, der es am wenigsten vergessen durfte: Fürst Bülow. Er hatte über ein Jahrzehnt alle Fehler der Regierungsweise Kaiser Wilhelms II. miterlebt und war im Amte geblieben; er hatte es verstanden, sie abzuleugnen oder ins Harmlose umzudeuten — jedenfalls hatte er es nicht vermocht, die Art der Regierung zu ändern. Nun, als eine in diesem Maße und in dieser Zuspitzung auf die Person des Herrschers ungerechte Bewegung ausgebrochen war und den Thron umtobte, ließ er seinen Herrn im Stich. Statt ihn zu decken, wie es nach den Vorgängen seiner eigenen Kanzlerschaft seine Pflicht gewesen wäre, gab er den Kaiser dem Urteile des Reichstags preis und gefiel sich, indem er eine Mitteilung über seine Besprechung mit dem Herrscher vom 17. November 1908 veröffentlichte, in der Rolle eines Schützers der Verfassung gegenüber den Übergriffen der Krone. Dies war bequem und trug dem Fürsten Bülow den Beifall der Massen ein — aber es war ein schlimmer Bruch mit den besten Überlieferungen des hohen deutschen Beamtentums und eine Versündigung gegen die Person des Kaisers, wie gegen das Ansehen der Krone.

Der Kanzler blieb im Amte; das Vertrauen und die ihm vorher oft und unverdient bewiesene Zuneigung seines Herrn hatte er eingebüßt.

* * *

Im Dezember 1906 war es im Reichstag zu einem harten Zusammenstoß zwischen dem Leiter der Kolonialverwaltung, dem späteren Staatssekretär Dernburg, und dem Zentrum gekommen; in unsachlicher Verstimmung hierüber hatte das Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierungsforderung abgelehnt, worauf der Reichstag aufgelöst wurde. Bei den im Januar 1907 vorgenommenen Wahlen hatten die Sozialdemokraten schwere Verluste, das Zentrum aber kehrte, wie es nicht anders zu erwarten war, ungeschwächt zurück. Gleichwohl beschloß der Reichskanzler, jede Zusammenarbeit mit dieser Partei, die bis dahin seine treueste und festeste Stütze gewesen war, und mit der er unbedenklich zusammengegangen war, zu vermeiden; da er eine Mehrheit brauchte, schuf er den Block, eine Parteizusammenstellung, in der die Gruppen der Rechten mit den Nationalliberalen und der bürgerlichen Demokratie zu einer künstlichen, man muß sagen, unnatürlichen Mehrheit vereinigt wurden. Dies Gebilde, das oft gefährdet war, ließ sich mit Mühe und Not an zwei Jahre aufrecht erhalten, zerbrach aber, als Abhilfe gegen die Geldnot des Reiches geschaffen werden mußte.

Die Reichsschuld war infolge der wachsenden Bedürfnisse des Reiches gegen Ende des Jahres 1907 auf über vier Milliarden Mark gestiegen; eine weitere Zunahme der Ausgaben stand bestimmt zu erwarten, kleinere Versuche, die Geldwirtschaft des Reiches zu ordnen, waren ohne merkbaren Erfolg gewesen. Es blieb nichts anderes übrig, als neue Geldquellen zu erschließen, und um das zuwege zu bringen und die Wirtschaft des Reiches zu ordnen, wurde im November 1908 die sog. „Reichsfinanz-Reform“ eingeleitet. Der Kanzler wollte sie mit dem „Block“ machen, stieß aber dabei auf große Schwierigkeiten, da die Anschauungen der verschiedenen im Block vereinigten Parteien über die in Frage kommenden neuen Steuern sich schroff gegenüber standen und schließlich als unvereinbar herausstellten. Fürst Bülow hätte eine Mehrheit haben können, wenn er sich entschlossen hätte, die von der Rechten und dem Zentrum angebotenen Steuern anzunehmen. Entsprechend der Haltung, die er seit der Reichstagsauflösung Ende 1906 dem Zentrum gegenüber eingenommen hatte, erklärte er sich außerstande, mit einer Mehrheit, bei der es mitwirkte, zusammenzuarbeiten. Bis Mitte 1909 zogen sich die höchst unerquicklichen Kämpfe im Reichstag hin; es kann auf die Einzelheiten hier nicht eingegangen werden und genügt die Feststellung, daß die Parteien der Rechten und des Zentrums in der „Finanzreform“ die Führung übernahmen. Fürst Bülow reichte am 26. Juni seine Entlassung ein; sie wurde nicht genehmigt, doch be-

teiligte er sich nicht mehr an den weiteren Verhandlungen. Am 10. Juli erfolgte die endgültige Annahme der Finanzreform; vierhundert Millionen Mark aus neuen Steuern stellte sie der Reichsverwaltung zur Verfügung, die damit in die Lage versetzt wurde, die Reichs-Geldwirtschaft zu ordnen. Vier Tage später schied der Kanzler aus seinen Ämtern, er sorgte für einen guten Abgang, indem er sich als ein Opfer des Zentrums und seiner eigenen Überzeugungstreue im Kampfe gegen diese Partei hinstellte; wie im Jahre vorher, im November 1908, gelang es ihm, den größten Teil der öffentlichen Meinung auf seine Seite zu bringen. Da das Frühjahr 1909 ihm den schon erwähnten Erfolg gebracht hatte, daß im serbisch-österreichischen Streite Russen, Franzosen und Engländer angesichts der entschlossenen Haltung des Deutschen Reiches einschwenkten und Serbien zum Nachgeben veranlaßten, war sein Ansehen auf dem Gebiete der äußeren Politik, das doch sehr Not gelitten hatte, wieder etwas gehoben; so wurde ihm das unverdiente Glück zuteil, mit dem Abglanze dieses letzten außerpolitischen Erfolges und mit der Dornenkrone des innerpolitischen Märtyrers von der politischen Bühne abtreten zu können.

Der fünfte Reichskanzler.

Zum Nachfolger des Fürsten Bülow wurde der bisherige Staatssekretär des Innern Theobald von Bethmann Hollweg ernannt, ein Mann, der sich in seiner bisherigen amtlichen Tätigkeit bewährt hatte und dem deshalb in seinem neuen Amte Vertrauen entgegengebracht wurde. Seinem Wesen nach von dem Vorgänger ganz verschieden, war der fünfte Reichskanzler eine Persönlichkeit von ausgebildetem Pflichtgefühl, von stetem Fleiße, umfassend gebildet, ernst in der Lebensauffassung. Alles Eigenschaften, die einen wertvollen Menschen machen können, die aber zum leitenden Staatsmanne nicht ausreichen; der muß die besondere politische Begabung besitzen, Menschen und Dinge, Bedürfnisse und Strömungen richtig einzuschätzen, Wesentliches vom Unwesentlichen, Echtes vom Gemachten, Augenblickliches vom Dauernden — alles politisch verstanden — zu unterscheiden; er muß mit dem eigenen Volke ganz eins sein, fremde Völker in ihren bestimmenden Anlagen kennen, die Unwägbarkeiten im Leben des eigenen Volkes und im Zusammenleben mit andern fühlen und ahnen; er muß die Kraft des Entschlusses besitzen und hart sein können — ein Mensch des Willens und der Tat. Diese besondern Eigenschaften, die zur staatsmännischen Arbeit im wahren Sinne, im Sinne einer leitenden Tätigkeit notwendig sind, fehlen dem fünften Kanzler — es fehlt ihm jeder politische Instinkt. Diese Mängel, die ihn für jede leitende Stelle unfähig machen, wurden gesteigert durch unerträgliche Überhebung, Rechtshaberei und Unnahbarkeit für seine politischen Gegner. So kam es, daß der fünfte Kanzler an jeder Aufgabe scheiterte, die er angriff, daß er, der

um jeden Preis den Frieden wahren wollte, sein Vaterland in den Krieg hineintrieb, daß er — auch in der inneren Politik vollkommen fehlgreifend, — den Zusammenbruch des Reiches und den Sturz des Kaisertums vorbereitet hat.

Nun liegt ein seltsamer Widerspruch darin: seit Bismarcks Entlassung ist Bethmann Hollweg der erste Kanzler, der die sachliche, nicht die bloß förmliche Verantwortung für seine Politik zu tragen hat. Unter dem Einbrücke der Vorgänge im November 1908 hat Kaiser Wilhelm sich eine bis dahin nicht geübte Zurückhaltung auferlegt; wenn er sie in einzelnen Fällen durchbrochen hat, änderte dies nichts daran, daß seitdem die Reichspolitik in der Hauptsache vom Reichskanzler gemacht wurde. Dieser war also sehr wohl in der Lage, wenn er seiner Aufgabe gewachsen gewesen wäre, unter Zustimmung der Krone selbständige völkische Staatskunst zu treiben, und ihn trifft die Verantwortung dafür, wenn er es nicht tat; daß er es seiner Veranlagung nach nicht tun konnte, entlastet ihn politisch nicht.

Kein Zweifel, daß Bethmann Hollweg von seinem Vorgänger eine sehr schlimme Erbschaft sowohl in der inneren, wie in der äußeren Politik übernommen hatte; darüber konnte auch die Tatsache, daß Fürst Bülow es verstanden hatte, sich einen guten Abgang zu sichern, nicht hinwegtäuschen. Man darf den fünften Kanzler also nur für diejenigen politischen Maßnahmen voll verantwortlich machen, die außerhalb der übernommenen politischen Erbschaft liegen; es kommen also nur solche politische Vorgänge in Betracht, die Bethmann Hollweg von sich aus veranlaßt hat.

Dies war zunächst der Fall bei der elsass-lothringischen Verfassungsfrage. Noch im Jahre seiner Ernennung, am 13. Dezember 1909 hatte der Kanzler Gelegenheit, sich im Reichstag über die Bestrebungen, dem Reichslande eine selbständigere Stellung zu geben, auszusprechen, und er forderte als Grundlage hierfür „Garantien, die in erster Linie die Elsass-Lothringer selbst gewähren müssen“. Diese „Garantien“ sah er damals nicht als vorhanden an. Trotzdem kündigte er zur allgemeinen Überraschung bereits drei Monate später einen Gesetzentwurf an, durch den das Reichsland eine bundesstaatsähnliche Verfassung erhalten sollte; die Vorlage wurde im Dezember 1910 wirklich eingebracht, im kommenden Frühjahr im Reichstage beraten und nach mannigfaltigen Schicksalen und durchgreifenden Änderungen am 23. Mai 1911 angenommen. Dieses alles geschah, obwohl das Gegenteil der vom Reichskanzler für nötig erklärten „Garantien“ vorlag, obwohl zahllose Vorfälle bewiesen, daß die französisch Gesinnten, die sog. „Nationalisten“ ihre verheerende Tätigkeit mit Erfolg betrieben — es geschah, trotzdem alle Kenner der Zustände im Reichslande, obwohl insbesondere zuverlässige deutschgesinnte Altelsässer die Vorlage für gefährlich erklärten. Es geschah des weiteren, obwohl die Nationalisten, Klerikalen, Demokraten und Sozialisten im

Reichsland den Entwurf mit Spott und Hohn als des elsäß-lothringischen Volkes unwürdig ablehnten, und obwohl andrerseits die Kenner darauf hinwiesen, daß das Land durch die Verfassung mit zwingender Notwendigkeit einer überwältigenden klerikal-nationalistisch-sozialistischen Mehrheit ausgeliefert würde, der gegenüber die deutsch und staatsreu Gesinnten einfach mundtot gemacht würden. Dazu kam endlich, daß mit der Verleihung der Verfassung grundsätzlich die gesamte Landesverwaltung einschließlich der Gerichte und Schulen in absehbarer Zeit der altansässigen Bevölkerung überlassen werden mußte — bei der teils unzuverlässigen, teils offen reichs- und deutschfeindlichen Gesinnung der Schicht, aus der die Anwärter für jene Stellen hauptsächlich hervorgehen würden, eine Aussicht geradezu staatsgefährlicher Art. Endlich aber mußte, um eine solche Verfassung durchzubringen, Preußen das unerhörte Zugeständnis machen, daß die drei Stimmen der elsäß-lothringischen Vertreter beim Bundesrate nicht gezählt werden, wenn sie mit Preußen gehen, wohl aber wenn sie gegen Preußen stimmen.

Die Vorlage war an sich eine politische Unmöglichkeit; die Art, wie sie vertreten wurde, brachte eine Minderung des Ansehens der Regierung; aber der Reichskanzler hing an diesem Vorhaben, das er als sein „Lebenswerk“ bezeichnete, und setzte die Verfassung durch. Das Reichsland bekam einen Landtag mit zwei Kammern und ein verantwortliches Ministerium mit einem Staatssekretär an der Spitze; die zweite Kammer ging aus Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts hervor.

Was alle Einsichtigen vorhergesehen, was die Landeskenner bis ins einzelne vorhergesagt hatten, was aber der Reichskanzler nicht hören wollte und für nichts achtete, trat sofort ein: die erste Landtagswahl ergab eine überwältigende reichs- und deutschfeindliche Mehrheit, mit der die Regierung auskommen mußte. Die reichs- und deutschfeindlichen Bestrebungen konnten ungestört wirken, begünstigt durch die Einführung des allgemeinen Reichs-Vereins- und Pressegesetzes. Eine Fülle von Vorkommnissen ernster Art, die zum Teil an offenen Aufruhr grenzten, tat dar, daß Bethmann Hollweg die Westmark des Reiches innerpolitisch an die Feinde unseres Volkes, unseres Vaterlandes, ausgeliefert hatte; auf dem Gebiete der äußeren Politik hatte dies die bedenkliche Folge, daß in Frankreich die Rachelust, die Begierde, die „geraubten Provinzen wieder zu befreien“, neu belebt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß das Reichsland dem Reiche und dem deutschen Volke niemals fremder und ablehnender gegenüber gestanden hat als seit der Verleihung der Verfassung; die letzten Wochen des Jahres 1913 und viele Vorkommnisse während des Krieges haben vollgültige Beweise dafür erbracht.

In den traurigen Ruhm, mit dem Reichskanzler dies „Lebenswerk“

zustande gebracht zu haben, teilen sich der Staatssekretär im Reichsamte des Innern Staatsminister Delbrück, der Statthalter Graf Wedel und der Staatssekretär des Reichslandes Freiherr Jörn von Bulach.

* * *

Auch in der Ostmark ließ es der Reichskanzler, der zugleich preussischer Ministerpräsident war, an der notwendigen Tatkraft und Entschlossenheit fehlen. Das Enteignungs-Gesetz, von Fürst Bülow im preussischen Landtage nach schweren Kämpfen im Frühjahr 1908 durchgesetzt, wurde in den fünfviertel Jahren, in denen er noch im Amte war, nicht angewendet. Auch Bethmann Hollweg hat überhaupt nur in zwei ganz bedeutungslosen Fällen davon Gebrauch gemacht, obwohl das Gesetz als dringend und zur Verteidigung der deutschen Stellung unbedingt notwendig eingebracht worden war, und obwohl die Polen im Erwerb von Grund und Boden stetige Fortschritte machten. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission mußte eingeschränkt werden, und ein von der preussischen Staatsregierung gleichfalls als unumgänglich nötig erklärtes Parzellierungs-Gesetz, durch das die weitere Bildung eines polnischen Bauernstandes verhindert werden soll, harrte Jahre lang der Vorlegung. Was wunder, wenn die Polen nicht mehr an den Ernst der preussischen Regierung glaubten und in ihrer deutsch- und staatsfeindlichen Haltung bestärkt worden sind, und wenn die Deutschen in den polnischen Landesteilen das Vertrauen zur Regierung verloren.

Auch in Nordschleswig zeigte sich der gleiche Mangel an Festigkeit den dänischen Machenschaften gegenüber, so daß bei den Wahlen 1912 ein in diesem Umfang unerwartetes Anwachsen der dänischen Stimmen erfolgt ist; auch dort sahen die auf dem Boden des Staates und des Volksbewußtseins stehenden Deutschen sich von der Regierung im Stiche gelassen, so daß zur selben Zeit die deutsche Stellung in den drei Grenzmarken erschüttert worden ist.

* * *

Dem Gebiete der innerpolitischen Fehlgriffe des fünften Reichskanzlers gehört auch die sog. Lösung der Welfenfrage an, die er im Laufe des Jahres 1913 herbeigeführt hat. Prinzessin Viktoria Luise, die einzige Tochter des Kaisers, hatte sich Anfangs 1913 mit dem Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, dem einzigen Sohne des Herzogs von Cumberland verlobt; der junge Fürst trat als Offizier in das preussische Heer ein, und die Hochzeit erfolgte im Juni. Damit war der alte Zwiespalt zwischen den Häusern Hohenzollern und Welf beendet — politisch bedeutungsvoll wurde diese Ausöhnung dadurch, daß dem Prinzen das Herzogtum Braunschweig zugesagt wurde.

Weil sie in dieser Art politisch wurde, hätten auch die mit dem welfischen Widerspruch gegen die Folgen des Jahres 1866 zusammenhängenden politischen Fragen endgültig erledigt werden müssen. Zunächst glaubte die völkische öffentliche Meinung annehmen zu dürfen, daß dies vor der Verlobung geschehen sei; als sich das Gegenteil herausstellte, wurde verlangt, daß jedenfalls vor der Thronbesteigung in Braunschweig alle beteiligten Personen des Welfenhauses ausdrücklich auf alle Ansprüche auf Hannover für sich und ihre Erben verzichten müßten, und daß der Herzog von Cumberland, wie sein Sohn die Auflösung der Welfenpartei herbeizuführen hätten.

Weder das eine, noch das andere geschah; der Reichskanzler begnügte sich mit einer schriftlichen Erklärung des Prinzen, daß er nichts tun oder unterstützen werde, was den derzeitigen Besitzstand Preußens verändern werde. Gleichwohl sah sich der Bundesrat veranlaßt, dem preußischen Antrage zuzustimmen, der eine Behinderung des Prinzen als nicht mehr vorliegend ansah, und der junge Fürst trat im November 1913 die Herrschaft des Herzogtums an.

Kein Zweifel, daß diese Erklärung dem Reichskanzler gegenüber ernst gemeint war und ehrlich gehalten werden sollte. Aber genügte sie angesichts der Tatsache, daß die Welfenpartei in Hannover seit der Verlobung mit erhöhtem Eifer verlangte, daß die Einverleibung des Landes rückgängig gemacht und wiederum ein selbständiges Königreich Hannover geschaffen werde? Genügte sie im Hinblick auf die mannigfachen Möglichkeiten der Zukunft, da die Erben des neuen Herzogs von Braunschweig staatsrechtlich an dessen formlose Erklärung nicht gebunden sind?

Auch wer geneigt war, im Vertrauen auf die fürstliche Gesinnung des Herzogs und seiner Erben die ganze Angelegenheit als einen Streitfall minderer Bedeutung aufzufassen, wird zugeben, daß die unpolitische Behandlung dieser Familienverbindung, die nun einmal ihre politischen Seiten hat, kennzeichnend für die Regierungsweise Bethmann Hollwegs ist. Es bleibt festzustellen, daß Monate lang unerfreulichste öffentliche Erörterungen sich an die an sich sehr erfreuliche Beilegung des hohenzollerisch-welfischen Zwistes knüpften, und daß die Welfenpartei Hannovers in Wort und Schrift anmaßender und feßer als je auftrat. Die Partei dachte nicht daran, sich aufzulösen und hielt alle Ansprüche auf die Wiedererrichtung des Königreichs Hannover aufrecht, indem sie darauf hinwies, daß dem welfischen Hause mit dem Herzogtum Braunschweig erst ein Teil seines Rechtes eingeräumt worden sei — auch der andere Teil, die Krone Hannovers, müsse ihm wieder werden!

So sieht die Lösung der Welfenfrage aus, die der fünfte Reichskanzler herbeigeführt hat. Bezeichnend ist, daß der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen gegen diese Lösung Verwahrung eingelegt hat.

Die ganze Entwicklung der braunschweigischen Thronfolgefrage drängte die Erkenntnis auf, daß es geboten war, alle Fragen der Erbfolge auf den Thron eines deutschen Bundesstaates im Falle des Aussterbens der regierenden Familie dem Privatfürstenrecht zu entziehen und sie reichsgesetzlich zu regeln; die Rechtsätze des unter ganz anderen Verhältnissen entstandenen Privatfürstenrechtes durften nicht mehr darüber entscheiden, in welcher Weise ein erledigter Thron zu besetzen ist. Die inzwischen erfolgte Beseitigung aller deutschen Fürstenhäuser hat das Bedürfnis nach einer solchen Regelung überholt; für den Fall der Wiederherstellung der Monarchie auf deutschem Boden darf sie nicht vergessen werden.

* * *

Der äußeren Politik stand Bethmann Hollweg nach seiner ganzen dienstlichen Vergangenheit fern, und er war in den ersten Jahren seiner leitenden Tätigkeit auf seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amte angewiesen; nach und nach übernahm er die selbständige Führung, leider nicht mit Glück und Erfolg. Durch ihr entschlossenes Verhalten im serbisch-österreichischen Streitfall hatte die auswärtige Politik gegen Schluß der Amtszeit des Fürsten Bülow mit einem Schlage ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung wieder hergestellt — so sehr wirkt Festigkeit und Mut auf ein Volk, daß alle Mißgriffe und Fehlschläge vergessen wurden. Als sich aber herausstellte, daß das Deutsche Reich hinter das zurückging, was in der Algeciras-Akte festgelegt war, und die für unantastbar erklärte Selbstherrlichkeit des Scherifen von Marokko preisgab, geriet das neu erworbene Vertrauen ins Wanken, und es ging ganz verloren, als das Auswärtige Amt — nun unter Bethmann Hollwegs Verantwortlichkeit — die Unternehmungen der Gebrüder Mannesmann in Marokko, obwohl ihre Ansprüche gut begründet waren, nicht nur nicht förderte, sondern ihnen offensichtlich entgegenarbeitete.

Ein bald darauf eingetretener Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes erweckte wiederum gewisse Hoffnungen, da man wußte, daß der neue Staatssekretär von Kiderlen-Wächter der Urheber jener allgemein anerkannten Politik während des bosnischen Streites gewesen war, als er die Geschäfte des Amtes vertretungsweise geführt hatte. Einige seiner ersten Maßnahmen als Staatssekretär waren geeignet, diese Hoffnungen zu erhöhen, andererseits geschah aber doch nichts Ernstliches gegen das weitere Vordringen Frankreichs in Marokko, das die Algeciras-Akte einfach mißachtete. Da erschien Ende April 1911 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Warnung an Frankreich wegen seines gegen die Algeciras-Akte verstößenden Verhaltens, und es wurde bekannt, daß fortgesetzte Verhandlungen zwischen Kiderlen-Wächter und dem französi-

ischen Botschafter in Berlin stattfanden. Drei Wochen später rückten die Franzosen in der marokkanischen Hauptstadt Fez ein; damit war der Schritt geschehen, durch den nach Erklärungen des Staatssekretärs die deutsche Politik in Marokko wieder freie Hand erhielt. Ganz offenbar war der Reichskanzler entschlossen, die neue Lage zugunsten des Deutschen Reiches auszunutzen, und gespannt wartete die Öffentlichkeit auf die Maßnahmen der Regierung.

Da wurde die Welt am ersten Juli 1911 durch die Nachricht überrascht, daß das deutsche Kanonenboot „Panther“ vor Agadir, dem Hafen des südwest-marokkanischen Gebietes von Sus, erschienen sei und daß ihm noch zwei andere Kriegsschiffe folgen würden. Ein Sturm der Zustimmung ging durch das deutsche Volk, obwohl man sich der möglichen Folgen jenes Schrittes bewußt war; man dachte nicht anders, als daß das Deutsche Reich, nachdem durch französische Schuld die Algeciras-Akte zerrissen war, seinen Anteil bei der Auseinandersetzung über Marokko fordern und sichern wolle, und daß der Erwerb eines Gebietsteiles am Atlantischen Ozean beabsichtigt werde. In England und Frankreich wurde das Erscheinen des „Panther“ ebenso aufgefaßt, und in beiden Ländern erregte sich, nachdem das erste Erstaunen vorüber war, die öffentliche Meinung bis zur offenen Feindseligkeit gegen das Deutsche Reich. Der englische Minister-Präsident und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes stellten sich in denkbar schroffen Erklärungen auf Frankreichs Seite, und es fiel das Wort, daß „England das Deutsche Reich nicht an der Westküste Marokkos dulden könne“. Damit war die Drohung ausgesprochen, daß es zum Kriege kommen werde, falls das Reich auf Gebietserwerb in Marokko bestehe — aber es war ein anderes, ob diese Drohung wahr gemacht worden wäre. Jedenfalls ließ die amtlich beeinflusste deutsche Presse nun erkennen, daß man nicht daran denke, ein Stück von Marokko zu erwerben; der „Panther“ sei nur nach Agadir gegangen, um Frankreich „vertragsbereit“ zu machen, wobei man Entschädigungen außerhalb Marokkos, an anderer Stelle Afrikas erstrebe und erlangen werde. Dieses Verhalten der Reichsregierung wurde innerhalb und außerhalb unseres Vaterlandes als ein Zurückweichen vor Englands Drohungen aufgefaßt; der Reichskanzler und der Staatssekretär ließen durch die ihnen zu Gebote stehenden Zeitungen erklären, daß ein Landerwerb in Marokko niemals beabsichtigt gewesen sei, und sie haben dies später vor dem Reichstag wiederholt und betont, daß sie immer nur an eine andere Entschädigung gedacht hätten.

Es sprechen nun sehr gewichtige Tatsachen und Gründe gegen diese Behauptung. Aber es ist, wenn man den Maßstab des schließlich Erreichten anlegt, eigentlich gleichgültig, welches die ursprünglichen Absichten der Regierung gewesen sind. Denn das Erreichte war so wenig und

so minderwertig, daß die endgültige politische Preisgabe Marokkos an Frankreich dadurch niemals gerechtfertigt werden konnte.

Die öffentliche Meinung hatte erkannt, daß ein Volk von dem raschen Wachstum des deutschen siedlungsfähigen Neuland gebrauchte, in das unser Bevölkerungsüberschuß dereinst abgeführt werden könne, wenn die Heimat zu eng würde, ohne aber dem Heimatvolke, dem Heimatstaate verloren zu gehen. Man erkannte weiter, daß unsere Industrie sich für ihren Erzbedarf und für Baumwolle und andere wichtige Roherzeugnisse eigne Bezugsquellen sichern müsse, wo sie unabhängig sein werde von dem größeren oder geringeren guten Willen fremder Staaten, die in der Lage sind, solche für uns unentbehrlichen Waren abzugeben. Endlich aber sah man voraus, daß dereinst die ausländischen Märkte unserer Industrie verschlossen sein werden, daß jedenfalls der Absatz deutscher Erzeugnisse erschwert sein würde, und man wollte sich eine deutsche Kolonie begründen, die, wenn sie einmal entwickelt wäre, ein sicherer, von fremdem Willen unabhängiger Markt für die Erzeugnisse der Heimat sein werde.

Allen diesen Erfordernissen würde Westmarokko nach der Meinung der besten Landeskenner genügt haben, und ernste Leute in England und Frankreich erkannten selbst an, daß das deutsche Volk berechtigten Anspruch auf den Erwerb besiedlungsfähigen Neulandes habe.

Trotzdem gaben der Reichskanzler und der Staatssekretär das Land, auf das alles uns hinwies, der französischen Machtgier preis und begnügten sich mit einer Entschädigung am französischen Kongo, im tropischen Teile Afrikas, der für Besiedlung nicht in Betracht kommt — alles dies, obwohl in der nahen Vergangenheit Frankreich zweimal bereit gewesen war, sich mit uns gütlich wegen der Aufteilung Marokkos zu verständigen.

Innerhalb des Reiches gab sich die öffentliche Meinung, soweit sie die Bedeutung der Angelegenheit erkannte und die englisch-französische Annahmung als einen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auffaßte, mit den Absichten der Regierung nicht zufrieden; eine tiefe Bewegung ging durch die völkischen Kreise, und man wollte nicht von der Hoffnung lassen, daß Frankreichs Übermut eine Lage schaffe, die es der deutschen Regierung unmöglich mache, weiter nachzugeben; auf den eigenen Willen und Entschluß der verantwortlichen Männer zu vertrauen, hatte man schnell verlernen müssen.

Um nicht ins Unrecht gesetzt zu werden, ließ das Auswärtige Amt seine Presse einen gehässigen Kampf gegen alle führen, die verlangten, daß das Deutsche Reich den gebührenden Anteil an Marokko heimbringe — es waren trübe Monate, die dem seelischen Aufschwung von Agadir folgten.

Derweil führte Kiderlen-Wächter die Verhandlungen mit dem fran-

zösischen Botschafter, die von unerquicklichen Kundgebungen der englischen und französischen Presse begleitet waren; man ließ uns merken, daß wir den Rückzug angetreten hatten. Ein widerwärtiges Seilschen zwischen beiden Nachbarländern, die wegen solchen Anlasses wieder einmal vor dem Kriege standen, ermüdete und ekelte die öffentliche Meinung an — kurz, man hatte es gründlich fertig gebracht, sowohl dem eignen Volke wie Frankreich gegenüber das Gegenteil dessen zu erreichen, was man angestrebt hatte. Schließlich setzten wir die Abtretung eines Teiles des französischen Kongo durch, der viel bescheidener war, als man angekündigt hatte; aber auch dies nur gegen Abtretung des im Nordosten unserer Kolonie Kamerun gelegenen „fruchtbaren, von einem besonders tüchtigen, volkreichen und wohlhabenden Stamme bewohnten sog. Zwischenstromlandes“. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. von Lindequist, dessen Urteil über das von uns abgetretene Land so lautete, konnte diesen Tausch nicht verantworten und nahm seinen Abschied — der erste Mann in wichtiger Stellung, der sich aus eigenem Entschlusse vom neuen Kurse schied und der dafür die verdiente Anerkennung fand. Wir gewannen an 270 000 Quadratkilometer französischen Besitzes südlich und östlich von Kamerun — ein nach dem Urteil der Kenner höchst ungesundes, von der Schlafkrankheit verseuchtes, wirtschaftlich entwertetes Gebiet, in dem wir zudem den Franzosen gewisse militärische Zugeständnisse machen mußten.

Von diesem Ausgang war niemand befriedigt, konnte niemand befriedigt sein; dies kam im November 1911 in den Verhandlungen des Reichstags zum Ausdruck.

Das Ergebnis der ersten größeren Unternehmung Bethmann Hollwegs war ein vollkommener Mißerfolg; nach außen war die Gegnerschaft Frankreichs und Englands verschärft und die Unzulänglichkeit unserer Staatsleitung offenbar geworden — nach innen waren gerade die Kreise des Volkes, auf die jede deutsche Regierung schließlich angewiesen ist, aufs schwerste enttäuscht und verbittert.

So endete die an Fehlern und versäumten Gelegenheiten überreiche deutsche Marokko-Politik, die nur deshalb eingehender geschildert wurde, als es sonst dem Plane dieses Buches entspricht, weil sie für die Staatskunst des neuen Kurses besonders kennzeichnend ist und weil sie die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich verhängnisvoll beeinflusst hat.

* * *

Der deutsch-englische Gegensatz hatte während dieses Marokko-Sommers seinen Höhepunkt erreicht; England stand hinter Frankreich, und es war klar, daß es uns keinen irgendwie brauchbaren Gebietszuwachs

gönnen wollte. Daraus hätte die Reichspolitik ihre Folgerungen ziehen müssen, um so mehr, als die weltpolitische Stellung Englands damals ungesicherter war als je, und die deutsche Flotte eine Stärke erreicht hatte, die sie für England zu einem gefürchteten Gegner machte.

Nach Abschluß der Marokko-Verhandlungen lenkte England ein und machte wiederholt Vorschläge wegen einer Beschränkung der Flottenbauten, die so sehr einseitig zu seinem Vorteil waren, daß sie gar nicht erörterbar schienen; gleichwohl ließ sich der Kanzler durch sie zu einer Herabminderung der in Vorbereitung befindlichen Flottenvorlage bestimmen. Dann regte England eine Verständigung über die kolonialen Bestrebungen und Anwartschaften in Afrika und Asien an; die Verhandlungen hierüber waren noch im Gange, als der Weltkrieg ausbrach.

* * *

Soweit die Regierungstätigkeit des fünften Reichskanzlers bis zum Kriege zu überblicken ist, muß ausgesprochen werden, daß es ihm nicht gelang, wieder gut zu machen, was von Bismarcks drei ersten Nachfolgern verfehlt und versäumt worden war; im Gegenteil, die alten Fehler sind fortgesetzt worden, und das Reich hat unter Bethmann Hollweg schwersten Schaden genommen.

Vergißt man über den besonderen Mißerfolgen seiner inneren und äußeren Politik nicht, daß auch im allgemeinen das Ansehen der Regierung, die auf jede Führung des Volkes verzichtete und die Zügel am Boden schleifen ließ, gemindert wurde und daß die Staatsgewalt untergraben erschien, so konnte der Vaterlandsfreund nur mit tiefer Sorge fragen, wie lange solch unselige Unpolitik noch dauern sollte. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Reichstagswahlen im Januar 1912 rund vier Millionen Stimmen für die Sozialdemokraten ergeben haben, denen, mit den Nachwahlen, hundertzehn Sitze im Reichstag zufielen.

In solcher Lage trat das Reich in den Kampf um Sein oder Nichtsein — unter solcher Führung.

Bundesstaaten und Volksvertretung unter Wilhelm II.

Im Reiche blieben die Beziehungen der Bundesstaaten zu Preußen nicht unberührt von der Regierungsweise des neuen Kurses; manche unerfreulichen Vorkommnisse hatten Verstimmungen der bundesstaatlichen Fürsten und Regierungen im Gefolge, die dem Reiche nicht zuträglich waren. Das Wort von der „Reichsverdroffenheit“ kam auf — ein Beweis dafür, daß gegenüber der Zeit Kaiser Wilhelms des Ersten und Bismarcks Veränderungen im Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche eingetreten waren. Trotzdem aber ist kein Zweifel, daß das Zusammenleben im Reiche das Schwergewicht gemeinsamer Bedürfnisse und Einrichtungen, das er-

wachte Gefühl der Unzertrennlichkeit, den Reichsgedanken nicht nur unangetastet gelassen, sondern auch vertieft hat.

Von Bedeutung hierfür war, daß Kaiser Wilhelm II. durch seine Reisen mit allen deutschen Stämmen in Berührung kam und ihnen in glänzender Zurichtung die Verkörperung der Einheit — sich, den deutschen Kaiser — nahe brachte.

Von Bedeutung war weiter das Ausgreifen der Gesetzgebung des Reiches auf den mannigfaltigsten Gebieten, das für Süd und Nord, für Ost und West gleiches Recht schuf; ihre Krönung erfuhr diese Tätigkeit mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs des Deutschen Reiches, das am 1. Januar 1900 in Kraft trat und zum ersten Male alle in den Reichsgrenzen Wohnenden denselben, sämtliche Beziehungen des bürgerlichen Lebens umfassender Rechtsfäden unterstellte.

Bei allen politischen Mängeln, die sich seit dem neuen Kurse im Reiche gezeigt haben, war es ein Trost zu sehen, wie die Bundesstaaten sich im Reichsverbande so geborgen und gesichert fühlten, daß der Gedanke an ein Leben außerhalb des Reiches nur in ganz wenigen verschrobenen Köpfen aufkommen konnte. Das Reich war ein festgefügtter Bau, der schon manche Belastungsprobe überstehen konnte.

* * *

Im Innern des Reiches war der Gang der Reichsgeschäfte durch das Fortbestehen einer starken Zentrumspartei und durch das Anwachsen der Sozialdemokratie beeinflusst.

Wilhelm II. hatte geglaubt, mit der Sozialdemokratie allein fertig werden zu können, und hatte i. J. 1890 auf die Erneuerung des Sozialistengesetzes verzichtet. Die Folge davon war, daß die Bewegung, aller Hemmungen ledig, sich ungehindert ausbreiten konnte; die Zeitungen schossen aus der Erde, Vereine wurden in den kleinsten Orten gegründet; ein Heer von bezahlten Parteibeamten und Rednern wurde aufgestellt — und das Ergebnis war ein wüster Kampf gegen die bestehende Ordnung, gegen Staat und Gesellschaft, eine Untergrabung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und der in jedem Gemeinwesen nötigen Unterordnung, eine Verrohung und Verwilderung des politischen Lebens.

Der Staat sah diesem Treiben ruhig zu, er ließ die Partei sich geradezu eine Gewaltherrschaft über die Arbeiter anmaßen, und er durfte sich nicht wundern, daß diese Partei der Reichsfeinde es bei den Wahlen 1912 auf vier Millionen Stimmen brachte.

Vier Millionen Volksgenossen, die ihr Volk verleugneten, die im Reiche ihren Feind sahen, die alle Wohltaten der sozialen Gesetzgebung ohne Dank hinnahmen — eine furchtbare Tatsache, beschämend für den Staat und die Gesellschaft, die solches nicht zu verhindern gewußt. Und

gering war die Hoffnung, daß es besser werde: denn der minder umstürzlerische Flügel der Partei, die sog. „Revisionisten“ wurden mundtot gemacht und fanden in den Massen keinen Anhang. So war nicht abzusehen, wie diese verhetzten und verführten Volksglieder wieder für den Staat gewonnen werden könnten.

Das Zentrum hatte sich rasch in die durch Bismarcks Beseitigung geschaffene Lage gefunden und sie mit Geschick ausgenützt. Es hatte einer Regierung etwas zu bieten mit seinen etwa hundert Abgeordneten — und einer vor Kämpfen zurückschauenden Regierung mußte es bequem sein, eine solche geschlossen auftretende Partei auf ihrer Seite zu haben.

So geschah es wirklich, daß diese Partei bald in die Stellung einer Regierungspartei einrückte und sich bis Ende 1906 darin behauptete; in den zweieinhalb Jahren des „Bülow-Blockes“ waren die Beziehungen zwischen der Regierung und der Partei ganz unterbrochen; seit Bülows Sturz war das Zentrum wieder in seine alte Stellung eingerückt.

Gewiß machte die Partei eine Wandlung durch und wurde staatsfreundlicher — aber die Politik, die sie trieb, war keine rein-sachliche: wenn sie die Notwendigkeiten des Reiches in Heeres- und Flottenfragen, im Zolltarif und in den Handelsverträgen bewilligte, so wußte sie stets Sondervorteile auf dem Gebiete ihrer besonderen Bestrebungen zu erzwingen. Das Zentrum fand immer neue Beschwerden über harte oder ungleiche Behandlung seiner Glaubensgenossen: so wußte es zu gleicher Zeit seine Anhänger bei der Sahne zu erhalten und die Regierungen zu neuen Zugeständnissen zu veranlassen. In allen Fällen aber, wo es zu wählen hatte zwischen Volk und Glaubensbetätigung, zwischen Reich und Kirche, verleugnete es seinen Ursprung nicht und bewies, daß es, obwohl durch die Teilnahme an der Regierung mitverantwortlich, doch weit entfernt war, rein-nationale Politik zu treiben und zu verstehen. Die Nachgiebigkeit der Regierung hatte vor dem Bruche im Dezember 1906 keine Grenzen mehr gehabt. Das Zentrum gab den Ausschlag, seine Führer waren die Vertrauten des Kanzlers und der Staatssekretäre; sie machten hinter den Kulissen ihre politischen Tauschgeschäfte.

Der Kaiser bekundete seine Verehrung vor den Kirchenfürsten; diese schmeichelten ihm und erzeigten ihm ihre Bewunderung. Der Reichstag hatte jahrelang einen Vorsitzenden aus den Reihen des Zentrums: es hieß „katholisch ist Trumpf“, sollte aber heißen „Zentrum ist Trumpf“. Es soll nicht verkannt werden, daß die Erhaltung einer solchen Partei, der neben dem konservativen Adel die demokratischen Elemente aus dem geistlichen, dem Bürger- und Bauernstande angehörten, eine bedeutende politische Leistung ist — schade nur, daß sie erreicht wurde durch den Mißbrauch religiöser Gefühle unter der Vorpiegelung, daß Kirche und Glauben in Gefahr seien.

Das Zusammengehen von Regierung und Zentrum lag wie ein Alp auf dem politischen Leben — jahrelang mußte er getragen werden, weil die Regierung nicht daran dachte, den Bann zu brechen.

Bezeichnend ist, daß der Bruch erfolgte, weil das Zentrum den Bogen überspannte — bezeichnend, daß dies geschah in Fragen der Kolonialpolitik, wo es die Anliegen der gegen koloniale Beamte hegenden und wühlenden Missionare geradezu schamlos vertrat: auf diesem Gebiete war die Zentrumshegemonie bis zur Tyrannei gediehen, denn wer den Missionen nicht zu willigen war oder ihnen mißfiel, wurde verdächtigt und verleumdet; mancher tüchtige Beamte fiel solchem Treiben zum Opfer, da die Kolonialverwaltung gegen die vom Zentrum beschützten Missionen nicht vorzugehen wagte.

Einige besonders häßliche Fälle veranlaßten im Herbst 1906 den neuen Leiter der Kolonialverwaltung Dernburg pflichtmäßig zum Widerstande gegen die Missionen — das Zentrum nahm sich ihrer an: es entstand heftigste Feindschaft zwischen Dernburg und den Zentrumsführern, die zur unsachlichen Ablehnung sachlich begründeter Forderungen führte. Wegen dieses Streitfalls war die Auflösung des Reichstags erfolgt; seinetwegen hatte Bülow während der letzten Jahre seiner Amtszeit jedes Zusammengehen mit dem Zentrum abgelehnt, auch wo es sachlich geboten war. Bei der Reichsfinanzreform und bei der großen Heeresvorlage des Sommers 1913 hat die Partei hervorragend mitgewirkt. Sie hatte es offenbar gelernt, daß sie trotz ihrer Stärke ihren Machtgelüsten Schranken ziehen mußte, und sie hatte innerhalb der eigenen Reihen mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen, die sie auch zu einer gewissen Bescheidung nach außen veranlaßten.

Die Reste der Fortschrittspartei hatten sich in zwei Gruppen geteilt: die „freisinnige Vereinigung“ zeigte sich bereit, die Notwendigkeiten des Staates anzuerkennen, und bewilligte besonders die zum Ausbau der Wehrmacht zu Land und zur See nötigen Mittel: dagegen verharnte die „freisinnige Volkspartei“ in ihrer unfruchtbaren Politik der Verneinung und trug dazu bei, daß das Zentrum ausschlaggebende Bedeutung gewann. Nach dem Tode ihres Führers Eugen Richter trat auch hier eine Wendung zum Besseren ein, und in den Fragen der Wehrkraft versagte die Partei nicht.

Eine ähnliche Schwenkung hat die demokratische süddeutsche Volkspartei vollzogen — in den Fragen der Wirtschaftspolitik sind aber diese drei linksliberalen Gruppen auf dem verneinenden Standpunkte des Freihandels verblieben, wie sie auch alle aus dem Verhältnis des Einzelnen zum Staate sich ergebenden Fragen nach der durch die Entwicklung widerlegten „liberalen Doktrin“ behandelten.

Seit März 1910 hatten die drei Gruppen sich zu einer Partei, der

fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen, die ihr „doktrinäres“ Wesen bewahrte und vor allem auf eine Erweiterung der Volksrechte hinarbeitete, während sie in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie versagte.

Die Nationalliberalen und die Konservativen ließen in der Hauptsache seit Bismarcks Entlassung Haltung und Selbständigkeit vermissen: es war, als sei ihnen das Rückgrat gebrochen. Sie mußten die Politik des neuen Kurses innerlich verurteilen, wie sie die Behandlung Bismarcks verurteilen mußten — aber sie schwiegen und ließen den Dingen ihren Lauf; ein leiser Tadel hie und da, halbe Worte — sonst aber aus „taktischen Gründen“ ein Überdecken der Fehler, ein sich Blind- und Taubstellen gegen die Folgen der kaiserlichen Politik auf allen Gebieten.

Seit Ende 1908 war hierin ein Wandel eingetreten, und wiederholt haben beide Parteien gegen Mißgriffe der Regierung entschieden Stellung genommen. Der Streit um die Reichsfinanz-Reform hatte zu einer Entfremdung zwischen beiden geführt, aber auch innerhalb dieser Parteien selbst weitgehende Meinungsverschiedenheiten veranlaßt. Weder diese innern Schwierigkeiten, noch das unfreundliche Verhältnis zwischen beiden war bei Kriegsausbruch beseitigt; die Leitung der nationalliberalen Partei legte größeres Gewicht auf den „Anschluß nach links“, als einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Rechten förderlich war.

Die Konservativen hatten offenbar die tiefsten Schäden unseres staatlichen Lebens: die Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen und die dadurch verursachte Minderung des Ansehens der Krone und der Staatsgewalt im vollen Umfange erkannt; ein Gleiches kann von dem sog. rechten Flügel der Nationalliberalen gesagt werden. Es war die Frage, ob diese Gruppen für sich und miteinander den Entschluß fanden, den Kampf um die Wiederherstellung des monarchischen und staatlichen Ansehens mit der von der Not der Zeit gebotenen Entschlossenheit aufzunehmen und gegen jeden Gegner, der sich dieser Arbeit in den Weg stellte, rücksichtslos durchzuführen.

* * *

Als der Krieg ausbrach, war als Ergebnis der bis dahin 26jährigen Regierung Wilhelms II. die Tatsache festzustellen, daß das Ansehen des Reiches trotz seiner in Heer und Flotte vorhandenen Machtmittel nach außen geschmälert, und daß nach innen die unschätzbaren Errungenschaften aus Wilhelms I. und Bismarcks Zeit gemindert waren: die durch die Liebe des Volkes begründete Machtsstellung der Monarchie und die Achtung vor der Staatsgewalt.